

Wirtschaftswachstum in Rußland: Faktoren und Perspektiven

Götz, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Götz, R. (1997). *Wirtschaftswachstum in Rußland: Faktoren und Perspektiven*. (Berichte / BIOst, 32-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43096>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
Vorbemerkung	7
Die Wirtschaftsentwicklung seit dem Ende der Perestrojka	8
Die zweifelhafte Botschaft der makroökonomischen Daten	11
Umfang und Bedeutung der Schattenwirtschaft.....	11
Die zwei Warenwelten	15
Grundlagen des Wirtschaftswachstums	16
Arbeitskräfte.....	16
Kapitalstock, technologisches Potential.....	17
Naturressourcen.....	19
Theoretische Befunde zum Wirtschaftswachstum	21
Die Relevanz der Wachstumstheorie	21
Exkurs: Das Investitionsquotenrätsel	24
Der Beitrag der Wirtschaftspolitik zum Wirtschaftswachstum	27
Ordnungspolitische Rahmenbedingungen.....	27
Geld- und Fiskalpolitik	29
Wettbewerbspolitik versus Industriepolitik	31
Was hätte man anders machen sollen?	34
Prognosen des längerfristigen Wirtschaftswachstums in Rußland	36
Summary	41

25. Juli 1997

Roland Götz

Wirtschaftswachstum in Rußland

Faktoren und Perspektiven

Bericht des BIOst Nr. 32/1997

Kurzfassung

Vorbemerkung

Angesichts dessen, daß Rußland als erstes Land der GUS zum Jahresanfang 1992 weitgehende Wirtschaftsreformen eingeleitet hat, ist seine seitherige Wirtschaftsentwicklung, die von einem beträchtlichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gekennzeichnet wird, enttäuschend. Es stellt sich jedoch die Frage, ob das im Vergleich zu anderen Transformationsländern schlechte Abschneiden Rußlands nicht auf Fehlinformationen durch die amtliche Statistik zurückzuführen ist und ob es überhaupt sinnvoll ist, makroökonomische Daten zu vergleichen, die sich auf Perioden vor und nach einer Wirtschaftstransformation wie in Rußland beziehen.

Bevor auf Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Rußland eingegangen werden kann, müssen dessen Voraussetzungen näher untersucht werden. Darunter werden hier die Potentiale an Sachkapital und natürlichen Ressourcen sowie das Arbeitskräftepotential verstanden. Ob diese Potentiale genutzt werden können, ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die wiederum von den herrschenden theoretischen Überlegungen zum Wirtschaftswachstum geleitet wird.

Die für Marktwirtschaften ausgearbeiteten Theorien des Wirtschaftswachstums stellen quantitativ faßbare Vorgänge wie das Investieren in den Vordergrund. Die Existenz von Rahmenbedingungen für marktwirtschaftliches Handeln und damit auch für Wirtschaftswachstum wird dabei bereits vorausgesetzt. Für Transformationsökonomien müssen sie erst geschaffen werden. Weitere, schwer faßbare Faktoren wie Traditionen und kulturelle Einflüsse sind zweifellos von Bedeutung, liegen aber außerhalb des Rahmens der folgenden Betrachtungen.

Ergebnisse

1. Die Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung in Rußland wird dadurch erschwert, daß nur ein Teil der Wirtschaftstätigkeit statistisch registriert wird. Es ist aber anzunehmen, daß der von der Statistik erfaßte negative Trend der Produktion der ehemaligen Staatsbetriebe durch die Produktionszunahme nicht nur der legalen Privatbetriebe, sondern auch der Schattenwirtschaft in einem gewissen Ausmaß kompensiert wird. Je nachdem, welchen Anteil der Schattenwirtschaft (informellen Wirtschaft) man für Rußland unterstellt, kann man vermuten, daß die russische Wirtschaft einschließlich ihres informellen Sektors bereits mehr oder weniger hohes Wirtschaftswachstum aufweist. Bei dem von der amtlichen

Statistik ausgewiesenen Anteil der Schattenwirtschaft von 20% am Bruttoinlandsprodukt ist allerdings ein spürbarer Wachstumsbeitrag dieses Sektors nicht möglich.

2. Der Produktionsrückgang, der sich nach dem Beginn der Wirtschaftstransformation in Rußland stark beschleunigt hat, wird vor allem von russischen Autoren als schwerer Defekt der Wirtschaftsreformen bewertet. Dabei wird stillschweigend vorausgesetzt, daß die statistischen Daten über produzierte Güter, Investitionen und Beschäftigte vor und nach Beginn der Transformation sich auf dieselben Sachverhalte beziehen. Dies ist aber nur in Ausnahmefällen richtig. Nach Beginn der umfassenden Wirtschaftsreformen hat sich das Sortiment wie die Beschaffenheit und Qualität der produzierten und investierten Güter derart geändert, daß man von zwei unterschiedlichen "Warenwelten" sprechen kann. Da sich auch die Preisrelationen stark geändert haben, sind einer statistischen Gegenüberstellung dieser verschiedenen Gütersortimente so gut wie unüberwindliche Schranken gesetzt.
3. Der Produktionsfaktor Arbeit wird in Rußland auch auf längere Sicht überreichlich zur Verfügung stehen: Das Arbeitskräftepotential in Höhe von 73 Millionen Personen wird durch Zuwanderung aus anderen GUS-Staaten gespeist; der Ausbildungsstand ist hoch und die Löhne sind niedrig. Sorge bereitet dagegen die Arbeitslosigkeit, die nach amtlichen Angaben zwar nur 2,5 Mio. Personen, nach ILO-Berechnungen jedoch 17 Mio. Personen beträgt.
4. Das Sachanlagevermögen ließe, wenn es voll einsetzbar wäre, ohne große Investitionen für einige Jahre Wirtschaftswachstum zu. Allerdings gilt auch für den Kapitalstock das, was über die "Warenwelten" gesagt wurde: Die bestehenden Kapazitäten entsprechen zum Teil nicht dem heute verlangten Produktionssortiment und erlauben keine qualitativ hochwertige und wegen ihres Alters und Abnutzungsgrades auch keine kostengünstige Produktion.
5. Rußland verfügt über beträchtliche Ressourcen an metallischen Erzen, allerdings mangelt es bei einigen Metallen an industriell verwertbaren Vorkommen. Die Reserven an Erdöl, Erdgas und Kohle zeichnen sich durch große natürliche Potentiale, aber vergleichsweise eingeschränkte ökonomische Möglichkeiten aus. Nur bei ausreichend hohen Binnen- und Weltmarktpreisen ist die Finanzierung von Erkundung, Förderung, Transport und Verarbeitung gesichert. Den Energieressourcen kann zwar eine die Wirtschaftsentwicklung stabilisierende Funktion zugemessen werden, jedoch kann das Wirtschaftswachstum in Rußland langfristig nicht auf seinem Rohstoffpotential beruhen. Es besteht sogar die Gefahr, daß Rußland von der Deindustrialisierung betroffen wird, die das Theorem des "dutch disease" beschreibt.
6. Nach einem grundlegenden Modellansatz der Wachstumstheorie benötigt Rußland für längerfristiges Wirtschaftswachstum eine Investitionsquote von rund 30%, um die abgenutzten Produktionsanlagen zu ersetzen und neue Kapazitäten aufzubauen. Um diesen Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt zu erlauben, müßten das Budgetdefizit reduziert und die Kapitalflucht gestoppt werden. Die gegenwärtige Höhe der Investitionsquote gibt die russische Statistik mit 16% allerdings zu niedrig an, wenn nur "Neuinvestitionen" eingeschlossen werden. Zu diesen müssen aber, um den international üblichen In-

vestitionsbegriff zu verwenden, noch die Großreparaturen (Generalreparaturen) gezählt werden, die in Rußland die erhebliche Größenordnung von 5% des BIP erreichen.

7. Für Wirtschaftswachstum sind die allgemeinen Rahmenbedingungen für marktwirtschaftliches Verhalten erforderlich: die Sicherung von Eigentumsrechten, ein stabiler Geldwert, die freie Preisbildung (darunter Löhne und Zinsen) nach Marktgesichtspunkten, starker Wettbewerb sowie ein ausgewogen aufgebautes fiskalisches System.
8. Der Beitrag der Geld- und Fiskalpolitik zum Wirtschaftswachstum liegt in der Schaffung eines investitionsfreundlichen Wirtschaftsklimas durch Beeinflussung der Zinsen und des Wechselkurses. In Rußland ist dies trotz einiger Fortschritte noch nicht ausreichend gelungen. Die Ausgabeseite des Staatsbudgets wird noch zu sehr durch die Erhaltung überkommener wirtschaftlicher und sozialer Strukturen belastet. Auf der Einnahmeseite besteht eine zu starke Besteuerung effizient arbeitender Unternehmen bei gleichzeitiger Begünstigung unrentabler Betriebe.
9. Zwar soll der Staat für die Erhaltung eines hohen Wettbewerbsgrades sorgen, doch sind seine Möglichkeiten auf diesem Gebiet begrenzt. In Rußland besteht ein Ansatzpunkt in der Fortführung des Privatisierungsprogramms, wobei die Privatisierung den Charakter der Insider-Privatisierung verlieren sollte. Eine Industriepolitik des Staates scheitert überwiegend daran, daß unmittelbar anwendbare Erfolgsrezepte nicht existieren. Allerdings kann im Falle Rußlands für einen "vernünftigen Protektionismus" plädiert werden, der die für die Exportaussichten der verarbeitenden Industrie des Landes gravierenden Folgen der Rubel-Aufwertung mildert, die eine der Konsequenzen der dutch-disease-Konstellation ist.
10. Gegen die in Rußland von der Regierung betriebene Strategie der wirtschaftlichen Transformation, die letztendlich auch die Wachstumsproblematik betrifft, ist in Ost wie West vielfach Kritik erhoben worden. Überwiegend wurde dabei die in Rußland angeblich durchgeführte "radikal-liberale monetaristische Schocktherapie" in Bausch und Bogen verdammt. Dabei wurde aber weder nachgewiesen, daß in Rußland eine derartige Transformationspolitik betrieben wurde, noch daß die in Rußland zu beklagenden sozioökonomischen Probleme (Produktionsrückgang, Inflation, Verarmung, Kriminalisierung usw.) überhaupt wesentlich mit der eingeschlagenen Reformstrategie zusammenhängen.
11. Es erscheint fast unmöglich, die längerfristige Wirtschaftsentwicklung in Rußland zu prognostizieren, weil man es mit einer Volkswirtschaft zu tun hat, deren institutionelle Grundlagen noch unausgereift sind und deren wirtschaftspolitischer Kurs möglicherweise noch starken Änderungen unterliegen kann. Dennoch wird hier auf derartige Versuche eingegangen, weil es erforderlich zu sein scheint, wenigstens den Rahmen der zukünftigen Entwicklung sichtbar zu machen. In den bis zur Jahrhundertwende verbleibenden Jahren sind die Voraussetzungen für einen starken Wirtschaftsaufschwung in Rußland voraussichtlich noch nicht gegeben. Zwar ist der ordnungspolitische Rahmen in großen Zügen vorhanden, doch ist die Detailarbeit der Ausfüllung dieses Rahmens noch nicht geleistet. Eine realistische, die Besonderheiten Rußlands einbeziehende Prognose der russischen Wirtschaftsentwicklung wird ergeben, daß das russische Bruttoinlandsprodukt bis zum Ende des Jahrzehnts nur stabilisiert werden kann und daß ein "mittleres" Wirt-

schaftswachstum mit durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Höhe von 4-6% erst für das folgende Jahrzehnt zu erwarten ist.

Vorbemerkung

Daß in Rußland Wirtschaftswachstum erforderlich ist, um die bestehenden sozialen sowie ökologischen Probleme lösen zu können, braucht und soll hier nicht näher erörtert werden. Um seine frühere politische und militärische Rolle wiederzugewinnen, kann Wirtschaftswachstum in Rußland allerdings nicht dienen. Die Sowjetunion war eine Supermacht nicht deswegen, weil sie wirtschaftlich besonders stark war, sondern weil sie ihre wirtschaftlichen Kräfte auf den Ausbau ihres militärisch-industriellen Komplexes konzentriert hatte. Diese Bindung der Ressourcen für Rüstungszwecke war eine wesentliche Ursache des wirtschaftlichen Niedergangs gewesen.

Schon bevor die Perestrojka und die wirtschaftliche Transformation begonnen hatte, war die UdSSR wirtschaftlich hinter Japan, die Volksrepublik China sowie die Bundesrepublik Deutschland zurückgefallen. Ihre Nachfolgestaaten zusammengekommen werden auch bei hohen Wachstumsraten im nächsten Jahrtausend höchstens am unteren Ende der BIP-Rangliste zehn größten Industrieländer rangieren. Jeder Versuch, die Ressourcen des Landes wieder in den Dienst der Wiedergewinnung militärischer Überlegenheit oder auch nur der Parität mit dem Westen zu lenken, würde Rußland erneut zur langfristigen wirtschaftlichen Stagnation verurteilen.¹

Umgekehrt ist Wirtschaftswachstum in Rußland nicht nur aus internen Gründen erforderlich, sondern liegt auch im Interesse der anderen GUS-Staaten und des fernen Auslandes. Rußland erfüllt innerhalb der GUS wegen seiner überragenden Wirtschaftskraft eine "Lokomotivenfunktion" als Absatzmarkt für die auf dem Weltmarkt noch nicht konkurrenzfähigen Erzeugnisse der Mitgliedsländer der GUS. Aber auch westlichen Industriestaaten bietet es auf Grund seines immensen Nachholbedarfs an produktivem Sachkapital und Infrastruktur erhebliche Möglichkeiten für Warenabsatz und Investitionen.

Im Folgenden werden Voraussetzungen und Chancen für das Wirtschaftswachstum in Rußland untersucht, wobei nur ein Teil der Problematik näher behandelt werden kann.² Nicht eingegangen wird auf die Wachstumsaussichten von einzelnen Wirtschaftsbereichen und Branchen sowie von einzelnen Regionen.³ Auch die schwer faßbaren, jedoch zweifellos vorhandenen Bezüge des Wirtschaftswachstums zu Traditionen und Kultur Rußlands müssen hier außer Betracht bleiben.

¹ Vgl. Roland Götz, Optionen der russischen Sicherheitspolitik und ihr Preis, in: Aussenpolitik, 3/1996, S. 255-263.

² Dieser Bericht stellt eine stark erweiterte Fassung eines Beitrags des Verfassers in Politökonom, 4/1996, S. 35-44 dar.

³ Zu den Regionen vgl. Roland Götz, Die russischen Regionen als Investitionsstandorte, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 3/1997.

Die Wirtschaftsentwicklung seit dem Ende der Perestrojka

Die amtlichen russischen und auch im Westen – mit gewissen Bedenken – akzeptierten statistischen Daten zur Wirtschaftsentwicklung besagen: Rußland erreichte 1989, also am Ende der Perestrojka-Periode, den historischen Höchststand seiner gesamtwirtschaftlichen Produktion. In den Folgejahren nahm die wirtschaftliche Gesamtleistung Jahr für Jahr mit zum Teil zweistelligen Minusraten ab.⁴ 1997 betrug die gesamtwirtschaftliche Produktion nur noch 48% des Niveaus von 1989.⁵ Besonders stark rückläufig war die Produktion in der verarbeitenden Industrie (Rüstungsindustrie, zivile verarbeitende Industrie), während Bergbau und Energiewirtschaft sowie die Landwirtschaft weniger starke Produktionsrückgänge aufwiesen. Die Investitionstätigkeit schrumpfte überproportional, dagegen konnte der private Konsum nach einem schweren Einbruch im Jahre 1992 sein Niveau in etwa stabilisieren.

Die "konventionelle Weisheit" zum Ausmaß des Produktionsrückgangs und der Wirtschaftsentwicklung in Rußland wird durch das Diagramm 1 wiedergegeben.⁶

Die russischen Regierungsprognosen stellten sich immer wieder als zu optimistisch heraus. Jüngstes Beispiel: Das im März 1997 verkündete Regierungsprogramm "Strukturelle Umgestaltung und Wirtschaftswachstum 1997-2000" nimmt für 1997 eine Zunahme des BIP um bis zu 2% an, während die Anfang Juni veröffentlichte "präzisierte Prognose" der Regierung für 1997 einen BIP-Rückgang von bis zu 2% einräumen muß.⁷ Die Spanne der Schätzwerte für die BIP-Entwicklung im laufenden Jahr in Höhe von 4 Prozentpunkten ist nicht in Prognose-

⁴ Das Brutto-"Inlands"-Produkt (BIP) ist die in den Grenzen des Landes erbrachte volkswirtschaftliche Produktion, während das von der russischen Statistik gegenwärtig nicht berechnete Brutto-"Sozial"-Produkt (BSP) die wirtschaftliche Leistung der Einwohner des Landes mißt. "Brutto" meint hier die Produktion vor Abzug der Abnutzung des Sachkapitals (Abschreibungen). Makroökonomische Daten für Rußland publizieren die vom russischen statistischen Amt (Goskomstat) herausgegebenen statistischen Jahrbücher für Rußland, zuletzt Rossijskij statističeskij ežegodnik: Statističeskij sbornik, Moskau 1996; DIW-Wochenbericht 19/197 (gleichlautend Kieler Diskussionsbeiträge 296/1997 und IWH-Forschungsreihe 4/97); Working Centre for Economic Reform, Government of the Russian Federation/Russian European Centre for Economic Policy (Hrsg.), Russian Economic Trends; Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderbericht Russische Föderation, Wiesbaden 1996, S. 188 ff (wo allerdings z.T. stark überholte Daten aufgeführt sind).

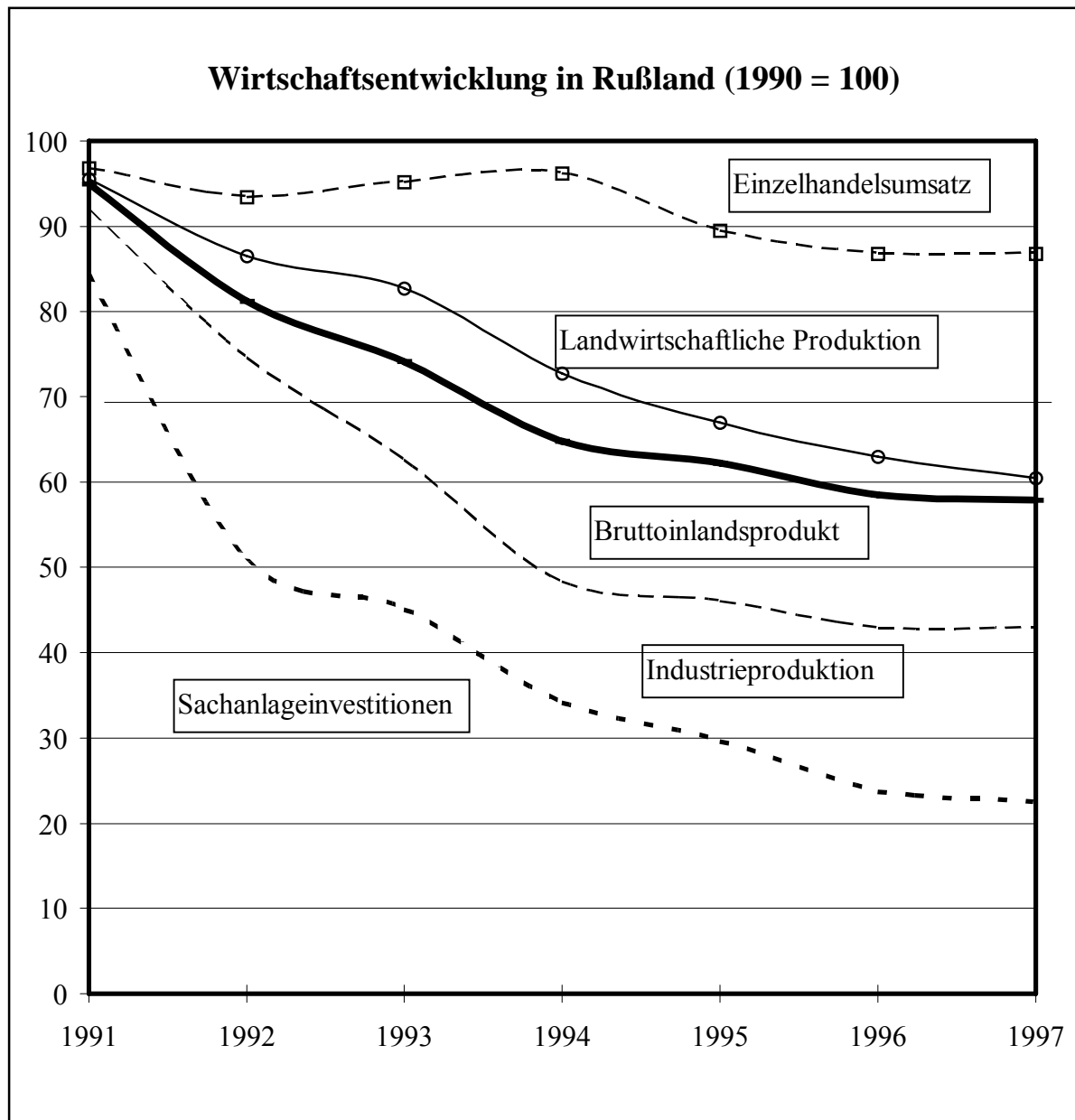
⁵ Ognian Hishov, Makroökonomische Politik und Reformfortschritte im östlichen Europa: Differenzierung durch unterschiedliche Transformationskonzepte, in: Berichte des BIOst, 25/1997, S. 12.

⁶ Die Darstellung beruht auf Daten, die von Aleksandr Frenkel' in Segodnja, 23.10.1996, S. 3 publiziert wurden sowie auf eigenen Schätzungen.

⁷ Programma pravitel'stva Rossijskoj Federacii "Strukturnaja perestrojka i èkonomičeskij rost v 1997-2000 godach", in: Sobranie zakonodatel'stva Rossiskoj Federacii, 19/1997, Pos. 2230 (im folgenden zit. als "Programma"); Vladislav Kuz'micev, Načalo èkonomičeskogo rosta otkladyvaetsja, in: Nezavisimaja gazeta, 5.6.1997, S. 4. Bis zum ersten Dezember 1997 soll das Wirtschaftsministerium gemäß Regierungsverordnung vom 17.5.1997 eine präzisierte Prognose der Wirtschaftsentwicklung vorlegen, vgl. Sobranie zakonodatel'stva Rossiskoj Federacii, 21/1997, Pos. 2484.

schwierigkeiten zu suchen, sondern in der unbegründeten Hoffnung auf eine rasche Besserung der Verhältnisse.⁸

Diagramm 1:



Vor dem Hintergrund dessen, daß Rußland bereits im Jahre 1992 (als erstes Land der GUS) verhältnismäßig weitgehende Wirtschaftsreformen eingeleitet hatte, ist diese Bilanz enttäuschend.⁹ Zwar war in Rußland wie auch in den Transformationsstaaten Osteuropas mit einer

⁸ Eine zutreffende Prognose für 1997 lieferte bereits im Oktober 1996 (wie schon für die Vorjahre) Alexander Frenkel' vom Zentrum für makroökonomische Strategie in Moskau. Siehe dazu Roland Götz, Die russische Wirtschaft in den Jahren 1996 und 1997: Kein Aufschwung in Sicht, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 68/1996.

⁹ Die ist die "konventionelle Weisheit", die im folgenden mehr oder weniger in Zweifel gezogen wird.

"Transformationsrezession" zu rechnen, doch ist sie in Rußland im Vergleich zu anderen Reformstaaten im Osten Europas bzw. in der GUS bemerkenswert tief und lange ausgefallen.

In Polen (dem Land, das der russischen Wirtschaftsreform das Modell geliefert hatte) dauerte der transformationsbedingte Produktionsrückgang nur drei Jahre und nach sechs Jahren wurde das "Vor-Reform-Niveau" des Bruttoinlandsprodukt wieder erreicht. Im reformfreudigen, aber strukturschwachen Kirgistan ging das Bruttoinlandsprodukt vier Jahre lang (im Zeitraum 1992 bis 1995) zurück, doch ab 1996 ist wieder Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Auch in den von kriegesischen Auseinandersetzungen schwer geschädigten transkaukasischen Republiken Georgien und Armenien geht es ab 1995 wirtschaftlich unverkennbar bergauf. In der gesamten GUS geben (gerade die flächengrößten und daher auch vom Ressourcenpotential am meisten begünstigten Staaten) Rußland, Ukraine und Kasachstan das schwächste Bild ab.¹⁰

Noch eklatanter ist der Unterschied zur Wirtschaftsentwicklung in der VR China, die seit Anfang der achtziger Jahre marktwirtschaftliche Wirtschaftsreformen durchgeführt hatte.¹¹ Zwar waren die Ausgangsbedingungen Rußlands und Chinas zu Beginn der marktwirtschaftlichen Transformationsphasen kaum vergleichbar, doch kann die Frage, warum der Übergang zur Marktwirtschaft in Rußland mit wirtschaftlichem Niedergang bezahlt wurde, während er in China mit überaus hohem Wirtschaftswachstum verknüpft war, nicht nur damit erklärt werden. Unverkennbar wurde in China eine andere Reformstrategie eingeschlagen als in Rußland: Man begann mit einer Reform der Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft und setzte nicht so sehr auf die Privatisierung der Staatsbetriebe, sondern auf die Entstehung neuer Unternehmen in privatem und halbstaatlichem (kommunalem) Besitz.¹² Ob diese Wege auch in Rußland möglich und empfehlenswert gewesen wären, kann hier nicht erörtert werden. Nicht unerwähnt soll aber bleiben, daß die hohen Wachstumsraten, die aus China gemeldet werden, nicht für bare Münze genommen werden können. Da in China nach wie vor ein autoritäres Regime am Ruder ist, muß davon ausgegangen werden, daß dort immer noch die auch aus der Sowjetunion bekannten statistischen Praktiken (Hochrechnen der Produktionsergebnisse, Unterschlagung von Produktionsverlusten, nur teilweise Berücksichtigung der Inflation) gang und gäbe sind.¹³

¹⁰ Roland Götz, Die Wirtschaftsentwicklung der GUS-Staaten in den neunziger Jahren, in: Berichte des BIOst, 38/1996.

¹¹ Barbara Krug, Chinas Weg zur Marktwirtschaft: Eine politisch-ökonomische Analyse der Wirtschaftstransformation 1978-1988, Marburg 1993.

¹² Jeffrey D. Sachs/Wing Thye Woo, Chinese Economic Growth: Explanations and the Tasks Ahead, in: China's Economic Future. Challenges to U.S. Policy. Study Papers submitted to the Congress of the United States, Washington, 1966, S. 70-85; Xiaolin Pei/Christer Gunnarson, Agrarian Structures, Property Rights and Transition to a Market Economy in China and the Former Soviet Union, in: Jacques Hersh/Johannes Dragsbaek Schmidt (Hrsg.), The Aftermath of "Real Existing Socialism" in Eastern Europe. Volume 1: Between Western Europe and East Asia, London 1996, S. 247-268.

¹³ Vgl. auch: Siegfried Thielbeer, Auf Chinas Statistiken zur Wirtschaftslage ist kaum Verlaß, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.7.1997, S. 14.

Auch für Rußland ist zu überlegen, ob die statistischen Daten, auf die sich derartige Vergleiche und Betrachtungen stützen, wirklich aussagekräftig sind. Dabei geht es im Unterschied zu vergangenen sowjetischen Zeiten (oder heute zu China) nicht darum, zu hohe Wachstumsraten und Produktionsergebnisse zu korrigieren, sondern darum, den Produktionsrückgang kritisch in Frage zu stellen. Dafür bieten sich zwei Ansatzpunkte an: Zum einen die vermutlich zu geringe Berücksichtigung der Schattenwirtschaft (informelle Wirtschaft), zum anderen die Unvergleichbarkeit der makroökonomischen Aggregate vor und nach der Wirtschaftstransformation.

Die zweifelhafte Botschaft der makroökonomischen Daten

Umfang und Bedeutung der Schattenwirtschaft

Eine Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung von Transformationsländern im Osten Europas, der amtliche statistische Daten zugrunde gelegt werden, muß stets unter der Einschränkung erfolgen, daß die privatwirtschaftlichen Aktivitäten mit ihren fließenden Übergängen zur "Schattenwirtschaft" bzw. "informellen Wirtschaft" nur unzureichend erfaßt und daß daher Wachstumsprozesse unterschätzt werden. Freilich bezieht die russische Statistik die Schattenwirtschaft (nicht amtlich registrierte Handels- und Produktionstätigkeiten, aber nicht die Wirtschaftskriminalität im engeren Sinne) in einem gewissen Umfang mit ein, doch setzt sie diesen vergleichsweise vorsichtig (mit etwa 20% des BIP) an.¹⁴

Durch einen informellen Sektor dieses Umfangs könnte der beobachtete deutlich negative Trend des BIP aber nicht kompensiert werden: Wenn die Produktion des "formellen Sektors" (mit einem Anteil von 80% am BIP im Ausgangsjahr) um 6% zurückgeht, müßte der "informelle Sektor" (mit einem BIP-Anteil von 20% im Ausgangsjahr) um 40% zunehmen, um ein Wachstum der Gesamtwirtschaft um 3% zu ergeben. Dabei wäre der Anteil des informellen Sektors auf 27% gestiegen, was der Annahme eines Anteils der Schattenwirtschaft von etwa einem Fünftel des BIP widerspricht.¹⁵

Viele Autoren in Rußland und im Westen vermuten einen weit höheren Umfang der Schattenwirtschaft. So ist z.B. Shama der Überzeugung, daß die Schattenwirtschaft in Rußland Mitte der neunziger Jahre einen etwa ebenso großen Umfang angenommen hat wie das amtlich berechnete BIP.¹⁶ In Wirklichkeit könne von einem gesamtwirtschaftlichen Produktionsrückgang keine Rede sein, sondern die russische Wirtschaft befinde sich schon längst – unbe-

¹⁴ Vgl. Ben Aris, Is Russia on the Rebound?, in: Russia Review, June 30, 1997, S. 18/19. Dort wird die Berechnung von Goskomstat dargestellt, wonach 1996 insgesamt 22% des amtlich ermittelten BIP der Schattenwirtschaft (informellen Wirtschaft) zuzurechnen war. Die Hälfte davon (10% des BIP) entfiel auf Handel und Zwischenhandel. Weitere 4% des BIP wurden jeweils unter Umgehung von Steuern und amtlichen Auflagen im Bereich der Industrie sowie in der Landwirtschaft erzeugt. Auf etwa doppelt so hohe Werte informeller Wirtschaftsaktivitäten kommen andere Autoren, wie z.B. John Varoli, Economic Reform Casts a Long Shadow in Russia, in: Transition, 21 March 1997, S. 6-10.

¹⁵ Vgl. auch eine entsprechende Argumentation in: DIW-Wochenbericht, 19/1997, S. 342.

¹⁶ Avraham Shama, Inside Russia's True Economy, in: Foreign Policy, 103/1996, S. 111-127.

merkt – auf einem Wachstumskurs. Allerdings stützt sich diese Ansicht auf "unorthodoxe" Methoden der Sozialproduktschätzung wie Umfragen und sogar Einzelbeobachtungen, was dieser Argumentation keine hohe Beweiskraft verleiht.

Wie es scheint, läßt sich gegenwärtig Größe und Trend des russischen BIP auf direktem Wege nicht annähernd zuverlässig ermitteln. Der behauptete scharfe BIP-Rückgang auf die Hälfte des Niveaus von 1989 kann aber mit Hinweis auf andere statistische Reihen, die ebenfalls amtlich ermittelt werden, zumindest in Zweifel gezogen werden. Dies sind vor allem a) die Daten für Einkommen und Konsum der Haushalte, b) der Verbrauch von Energie (insbesondere Elektrizität) sowie c) die Arbeitslosigkeit.

Zu a) Die Einkommen der Privaten und der private Verbrauch sind in westlichen Ländern zumindest mittelfristig eng an das Sozialprodukt gekoppelt. In Rußland ergibt sich jedoch ein gänzlich anderes Bild: Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte sind – mit einigen Schwankungen – seit 1989 etwa konstant, obwohl das Sozialprodukt deutlich abgenommen haben soll.¹⁷ Diese Beobachtung wird dadurch gestützt, daß die Ausstattung der privaten Haushalte mit höherwertigen Konsumgütern seit 1990 unverkennbar zugenommen hat.¹⁸ Offenbar haben die Konsumenten über Einkommen verfügt, die in der Einkommensentstehungsrechnung des BIP nicht auftauchten.

Tabelle 1: Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern

<i>1990 und 1995 (in Stück pro 1000 Einwohner)</i>		
	<i>1990</i>	<i>1995</i>
Fernsehgeräte	364	382
Radios	327	341
Kühlschränke	308	309
Waschmaschinen	254	265
Fotoapparate	114	124
Pkw	59	93

Quelle: Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, S. 326

Genauere Rückschlüsse auf die Produktions- und Einkommensentwicklung lassen diese Bestandsdaten aber nicht zu.

Zu b) Der Verbrauch von Elektrizität hat in Rußland deutlich weniger abgenommen, als das amtlich ermittelte BIP: Während 1990 in der Gesamtwirtschaft 1074 Mrd. KWh verbraucht worden waren, waren dies 1995 noch 840 Mrd. KWh, also nur um 22% weniger als 1990.¹⁹

¹⁷ Evgeny Gavrilenko/Vincent Koen, How Large was the Output Collapse in Russia? Alternative Estimates and Welfare Implications, in: International Monetary Fund (Hrsg.), Staff Studies for the World Economic Outlook, September 1995, S. 106-117, hier S. 116.

¹⁸ Vgl. auch Gavrilenko/Koen, a.a.O., S. 117.

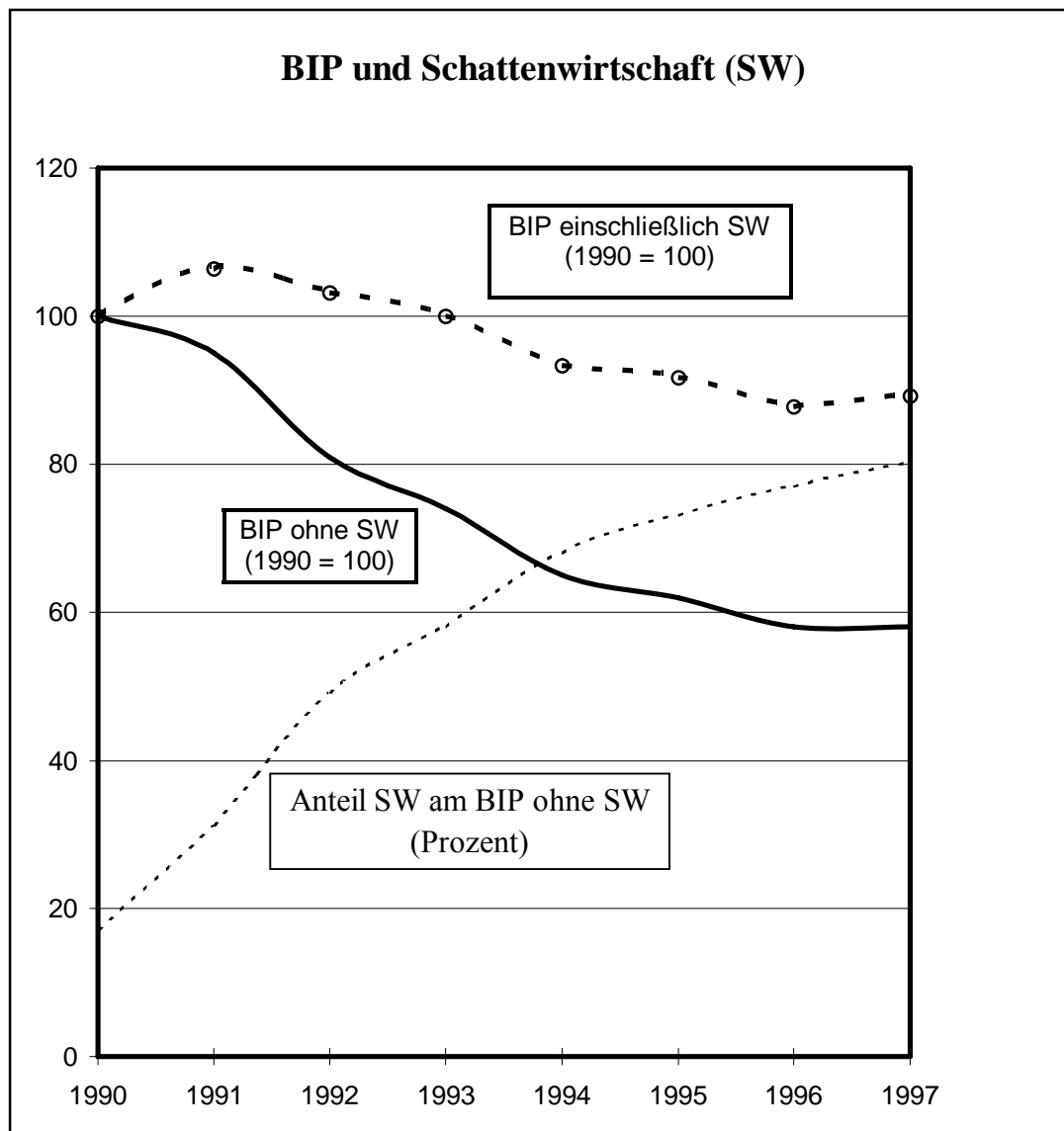
¹⁹ Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, S. 510; Gavrilenko/Koen, a.a.O., S. 110.

Da aber der Zusammenhang zwischen Produktion und Elektrizitätsaufwand nicht linear sein muß, läßt sich auch aus den genannten Zahlen kein sicherer Rückschluß auf die Produktionsentwicklung ziehen.

Auf dem Elektrizitätsverbrauch basierende quantifizierte Überlegungen und Ergebnisse zum Umfang der Schattenwirtschaft in Transformationsökonomien hat Ulrich Thießen vorgelegt.²⁰ Unter der Annahme einer linearen Beziehung zwischen Elektrizitätsverbrauch und tatsächlichem realen BIP unter Einschluß der Schattenwirtschaft (d.h. bei einer Verbrauchselastizität von eins) errechnet er für Rußland einen Anstieg des Verhältnisses der Schattenwirtschaft zum amtlich ermittelten BIP von 17% im Jahre 1990 auf 73% im Jahre 1995. Wenn man diese Werte bis 1997 extrapoliert, erhält man die in Diagramm 2 wiedergegebene Darstellung:

Diagramm 2:

²⁰ Ulrich Thießen, Zur Schattenwirtschaft: Schätzmethoden, Schätzungen und Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik, in: Lutz Hoffmann/Axel Siedenberg (Hrsg.), Aufbruch in die Marktwirtschaft: Reformen in der Ukraine von innen betrachtet, Frankfurt/New York 1997, S. 67-86.



Wenn die Verbrauchselastizität der Elektrizität nur mit 0,85 angesetzt wird, ergibt sich für 1995 ein Anteil der Schattenwirtschaft am amtlich ermittelten BIP von 60% und damit ein BIP einschließlich Schattenwirtschaft von rund 80% des Vergleichswertes von 1990.²¹

Zu c) Nach den amtlichen Daten ist die Arbeitslosigkeit in Rußland seit 1989 von praktisch Null auf 3% im Jahre 1996 gestiegen. Wenn dies in Wirklichkeit so wäre, hätte es in Rußland seit 1989 überhaupt keinen Produktionsrückgang geben können, denn 3% Arbeitslosigkeit sind "normal" für eine wachsende Volkswirtschaft, in der marktwirtschaftliche Verhältnisse herrschen. Daraus folgt zumindest, daß entweder der amtlich registrierte Produktionsrückgang oder die amtliche Arbeitslosenquote (oder beide) nicht richtig sein können. Tatsächlich dürfte die Arbeitslosigkeit weit höher liegen; nach Schätzungen der International Labor Organization (ILO) waren 1996 rund 17 Mio. Personen nicht oder nur teilweise beschäftigt, das sind 23% des Arbeitskräftepotentials. Da 1989/90 noch kaum offene Arbeitslosigkeit herrsch-

²¹ Thießen, a.a.O., S. 74, Fußnote 27.

te (abgesehen von der durch das planwirtschaftliche System hervorgerufenen Überbeschäftigung in den Staatsbetrieben) könnte man aus der Zunahme der Arbeitslosigkeit auf einen Produktionsrückgang von rund 25% schließen.

Genauer handelt es sich jedoch darum, daß der Aufwand für die Produktion seit Anfang der neunziger Jahre deutlich abgenommen hat. Wie weit damit ein Rückgang der Erzeugung verbunden war, ist eine weitere Frage, die nachstehend erörtert wird.

Die zwei Warenwelten

Der allgemeine Produktionsrückgang, der im Zusammenhang mit der Wirtschaftstransformation (allerdings auch als Folge des Auseinanderbrechens des einheitlichen Wirtschaftsraumes der UdSSR) einsetzte und in Rußland auch 1996/97 noch andauert, wird von russischen Autoren überwiegend als schwerwiegender Defekt der Wirtschaftsreformen bewertet.²² Dabei wird stillschweigend vorausgesetzt, daß die statistischen Daten über produzierte Güter, Investitionen, Beschäftigte usw. sich im Verlauf des Transformationsprozesses im wesentlichen auf dieselben Sachverhalte beziehen.²³ Dies ist aber nur in Ausnahmefällen richtig. Während man Zement, Weizen oder Rohöl (derselben Sorte) als identische Produkte ansehen kann, gleichgültig ob sie 1989 oder 1997 produziert bzw. verwendet wurden, ist dies bei Kleidung, Autos oder Computern keineswegs der Fall. Qualität und Sortiment der in Rußland hergestellten oder importierten, konsumierten und investierten Produkte haben sich dermaßen verändert, daß man von zwei "Warenwelten" sprechen muß, die sich nicht oder nur unter "heroischen Annahmen" der Statistik vergleichen lassen. Nicht vergessen werden darf auch, daß das allumfassende "Defizit" (das Zurückbleiben des Angebots gegenüber der Nachfrage) der Sowjetwirtschaft, das geradezu zum Wahrzeichen des Wirtschaftssystems geworden war, verschwunden ist.²⁴ Ökonomisch ist ein Produkt, das unmittelbar erworben werden kann, aber höher zu bewerten als dasselbe Produkt, das nur durch Schlangestehen oder Bestechung von Bürokraten erhältlich ist.

Da man in der statistischen Praxis zur Bildung von Aggregaten gezwungen ist (z.B. Umsatz von Industriezweigen), spielen Preise eine entscheidende Rolle. Sie wurden in Planwirtschaften bekanntlich nach wesentlich anderen Grundsätzen gebildet als in Marktwirtschaften, was eine weitere – genau genommen unüberwindliche Schranke – für den statis-

²² Stellvertretend für viele wird auf Sergej Glasz'ev verwiesen, der unermüdlich den "katastrophalen Rückgang von Produktion und Lebensstandard und die Vernichtung des wissenschaftlichen und rüstungswirtschaftlichen Potentials des Landes" beschwört, z.B. in: *Kak dobit'sja èkonomičeskogo rosta?*, in *Rossijski èkonomičeskij žurnal*, 5/6 und 7/1996, S. 3-21 bzw. 3-19. Vgl. auch Roland Götz, Was denkt der Chefökonom Lebeds? Die wirtschaftspolitischen Ansichten des Sergej Glasjew, in: *Aktuelle Analysen des BIOst*, 62/1996.

²³ Manuela Troschke/Volkhart Vincentz, Zuverlässigkeit und Problematik der statistischen Berichterstattung in Rußland, Weißrußland und der Ukraine, in: *Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München*, 176/1995.

²⁴ Die "Mangelwirtschaft" wurde vor allem von Kornai umfassend ausgeleuchtet, vgl. zusammenfassend Janos Kornai, *Das sozialistische System: Die politische Ökonomie des Kommunismus*, Baden-Baden 1995, S. 257-340.

tischen Vergleich aufrichtet.²⁵ Dies macht vor allem die Darstellung der zeitlichen Entwicklung von makroökonomischen Aggregaten wie dem Bruttoinlandsprodukt zu einer fragwürdigen Angelegenheit.

Dasselbe wie für die Produktion gilt auch für die Investitionen. Im sowjetischen Wirtschaftssystem wurde Kapital ziemlich uneffektiv eingesetzt, was im Verhältnis zur Produktion hohe Investitionen erforderte. Ein großer Teil der Investitionen galt der Reparatur und dem Ersatz von Produktionsanlagen, die wegen mangelnder Wartung oder Überbeanspruchung vorzeitig abgenutzt oder zerstört wurden (das sichtbarste Beispiel boten die auf den Feldern verrostenden Landwirtschaftsmaschinen, die als Ersatzteillager dienten). Wenn heute die Investitionsquote verhältnismäßig niedrig ist, so ist dies nicht nur auf Mangel an Finanzmitteln und den allgemeinen Nachfragerückgang zurückzuführen, sondern auch auf den Wegfall überflüssiger Investitionen, die unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen auch bei höherer Nachfrage nicht erfolgt wären. Ebenso kann im Zusammenhang mit dem Rückgang der Beschäftigung argumentiert werden: die sowjetischen Betriebe arbeiteten im Vergleich zur Produktion mit einer mehrfach so hohen Belegschaft (d.h. mit einer entsprechend geringeren Arbeitsproduktivität) als westliche Betriebe. Der Rückgang der Beschäftigung – den die amtliche Statistik allerdings nicht erkennen läßt – ist daher als Abbau eines unwirtschaftlich eingesetzten Produktionsfaktors (und damit in dieser Hinsicht positiv) zu bewerten.

Die grundsätzliche (weitgehende) Unvergleichbarkeit von aggregierten wirtschaftlichen Daten in Volkswirtschaften, die sich von einer Plan- in eine Marktwirtschaft transformieren, geht weit über die Fehler hinaus, die durch differierende Methodologien der statistischen Erfassung oder das "overreporting" zu Sowjetzeiten bzw. die Nichtdeklarierung von Umsätzen und Gewinnen ("underreporting") in der Gegenwart verursacht werden. Wegen dieser Unvergleichbarkeiten ist es nicht sehr sinnvoll, sich zeitlich rückwärtsgewandt mit dem Produktionsrückgang zu beschäftigen, sondern es ist notwendig, die Bedingungen für ein Wirtschaftswachstum in der Zukunft herauszuarbeiten. Dabei ist von den vorhandenen Grundlagen des Wirtschaftswachstums, den Ressourcen und Produktionsfaktoren, auszugehen, was nachfolgend geschieht.

Grundlagen des Wirtschaftswachstums

Arbeitskräfte

Rußland verfügt über ein Arbeitskräftepotential von rund 73 Mio. Personen (knapp 50% der Bevölkerung), das durch Zuwanderung aus seinem "nahen Ausland" noch zunehmen dürfte. Der Ausbildungsstand gilt als hoch, was im Zusammenhang mit dem niedrigen Einkommensniveau (zum Wechselkurs 200-300 DM pro Monat) die Konkurrenzfähigkeit des Produktionsfaktors Arbeit bewirkt.

²⁵ Steven Rosefielde/Ralph W. Pfouts, Neoclassical Norms and the Valuation of National Product in the Soviet Union and Its Postcommunist Successor States, in: Journal of Comparative Economics, 1995, S. 375-389.

Als Engpaß erweist sich, daß gegenwärtig nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Offiziell sind nur rund 2,5 Mio. Personen als arbeitslos registriert, was eine erstaunlich niedrige Arbeitslosenquote von 3,5% bedeutet.²⁶ Die Arbeitslosigkeit beträgt jedoch 1997 nach Berechnungen der ILO unter Berücksichtigung eines Teils der versteckten Arbeitslosigkeit rund 17 Mio. Personen, das sind 23% der Erwerbsbevölkerung. Wie auch die genaue Zahl der Arbeitslosen lauten mag (die wesentlich von der zugrunde gelegten Definition der Arbeitslosigkeit abhängt), kann man auf jeden Fall davon ausgehen, daß Wirtschaftswachstum in Rußland von der Seite des Arbeitskräfteangebots nicht rasch an Grenzen stoßen wird. Der Engpaß "Arbeitsplätze" ist dagegen im wesentlichen mit dem Faktor Kapital verknüpft, worunter der technisch funktionierende und ökonomisch konkurrenzfähige Kapitalstock zu verstehen ist.

Kapitalstock, technologisches Potential

Das reproduzierbare Netto-Sachanlagevermögen der russischen Unternehmen (der Netto-Kapitalstock) wurde von der amtlichen russischen Statistik zum Jahresanfang 1996 mit rund 8.000 Billionen Rubel berechnet.²⁷ Das sind bei Bewertung zu einem der damaligen Kaufkraftparität entsprechenden Kurs von 2.759 US-\$ pro Rubel rund 3.000 Milliarden \$.²⁸ Dabei handelt es sich um Gebäude (einschl. Wohngebäude), Maschinen und Anlagen und sonstiges Inventar, das im Durchschnitt zu rund 40% abgenutzt ist, d.h fast die Hälfte seiner Lebensdauer hinter sich hat. Der Kapitalstock ist im Vergleich zum Produktionsniveau (1995: 1.659 Billionen Rubel bzw. 601 Milliarden \$) relativ hoch, da er seit 1990 praktisch stagniert hat. Mit einem reproduzierbaren Sachkapital pro Kopf von rund 20.000 \$ unterscheidet sich Rußland deutlich von Ländern der Dritten Welt, mit denen es häufig zu Unrecht verglichen wird.

Der sich rechnerisch ergebende effektive gesamtwirtschaftliche Kapitalkoeffizient von 5 (bzw. die Kapitalproduktivität von 0,2) verweisen – im internationalen Vergleich – auf Kapazitätsreserven.²⁹ Mit demselben Kapitalstock wäre auch bei geringen Investitionen eine höhere Produktion möglich. Wenn man einen potentiellen Kapitalkoeffizient von nur 4 (bzw. eine potentielle Kapitalproduktivität von 0,25) zugrunde legt, ließe sich ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von $0,25 \times 3000 = 750$ Milliarden \$ erzielen. Das heißt, das das Bruttoinlandsprodukt des Landes ohne kapazitätsausweitende Investitionen um 25% höher sein könnte, als gegenwärtig. Die Kapazitätsauslastung (Produktion im Verhältnis zur Produktionskapazität) betrug

²⁶ Auf die Untersuchung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verweist: Marija Mušinskaja, V Rossii počti 17 millionov bezrobotnyh, in: Kommersant' daily, 8.2.1997, S. 3. Die weiteren Angaben sind entnommen aus: Aleksandr Tkačenko, Zabytyj rynek truda, in: Nezavisimaja gazeta, 12.3.1997, S. 4.

²⁷ Der Anschaffungspreis von 12936 Billionen Rubel ergibt bei einem Abnutzungsgrad von 37,4% einen Nettowert von 8098 Billionen Rubel. Vgl. Itogi pereocenki osnovnyh fondov Rossijskoj Federacii na 1 janvarja 1996 goda, in: Voprosy statistiki, 9/1996, S. 72-75, hier S. 72.

²⁸ Die Kaufkraftparität ergibt sich (für 1995) aus der Gegenüberstellung des nominalen Bruttoinlandsprodukt von 1659 Billionen Rubel mit dem nach Methodologie der UN auf 601 Milliarden \$ geschätzten Bruttoinlandsprodukt; vgl. Interfax/CIS Statistical Committee (Hrsg.), Socioeconomic Situation in Russia in 1995, in: Statistical Report, 4-5/1996, S. 3 und 4.

²⁹ Der Kapitalkoeffizient bezeichnet das Verhältnis von Sachanlagevermögen (Kapitalstock) zu Produktion, die Kapitalproduktivität als dessen Kehrwert das Verhältnis von Produktion zu Kapitalstock.

1995 z.B. bei einzelnen Produktgruppen: Traktoren 11%, Drehbänke 24%, Stahl 67%, Schuhe 23%, Frucht- und Gemüsekonserven 21%, Milchprodukte 24%, Baumwollstoffe 28%.³⁰ Hierbei handelt es sich dabei teilweise um veraltete, teilweise um verhältnismäßig moderne Kapazitäten, weil Anfang der achtziger Jahre vor allem die zivile verarbeitende Industrie verstärkt mit importierten Maschinen und Anlage ausgerüstet worden war. Die heute stillgelegten Kapazitäten könnten innerhalb einiger Jahre, in denen das Personal neu rekrutiert werden müßte, wieder in Betrieb genommen werden. Der Spielraum für die so mögliche Produktionserhöhung wird von russischen Spezialisten auf zwischen 12% (Schwarzmetallurgie) und 50% (Leichtindustrie, d.h. Herstellung von Textilien, Schuhen usw.) geschätzt.³¹ Insgesamt wäre so für einige Jahre eine Zunahme der gesamten Industrieproduktion um 6% pro Jahr möglich, ohne daß hohe Investitionen vorgenommen werden müßten.³²

Allerdings ist dies eine "rückwärtsgewandte" Betrachtung. Sie setzt implizit voraus, daß etwa dasselbe Produktsortiment produziert wird wie in den vergangenen Jahren und berücksichtigt nicht den seit Anfang der neunziger Jahre erfolgten Wandel der Nachfragestruktur, insbesondere den irreversiblen Rückgang der Nachfrage nach militärischen Gütern sowie die Orientierung der Konsumenten an der Qualität und dem Design ausländischer Erzeugnisse (vgl. die obigen Ausführungen zu den "zwei Warenwelten"). Im Regierungsprogramm 1997-2000 wird zutreffend festgestellt: "Das Produktionspotential ist kapazitätsmäßig nicht ausgelastet, besonders im Hinblick auf die Demilitarisierung der Wirtschaft. Gleichzeitig besteht ein scharfer Mangel an Kapazitäten zur Produktion moderner, konkurrenzfähiger Konsum- und Investitionsgüter hoher Qualität. Trotz der niedrigen Kapazitätsauslastung kann nicht der gesamte Umfang der Unterauslastung als Reserve angesehen werden, weil er nicht der Nachfragestruktur entspricht, ressourcenaufwendig ist und veraltetet Technologien aufweist. Es ist die umfangreiche und rasche Ersetzung des veralteten Produktionspotentials erforderlich, das nicht den Erfordernissen des Marktes entspricht."³³

Ähnliches gilt für das wissenschaftlich-technische Potential. In der Grundlagenforschung auf Gebieten wie Biotechnologie, Lasertechnik, Gentechnik, Kernenergie, Luft- und Raumfahrt hatte die Sowjetunion beachtliche Erfolge aufzuweisen. Seit Beginn der neunziger Jahre ist aber nicht nur die finanzielle Förderung von Wissenschaft und Forschung stark zurückgegangen, sondern auch die Zahl der mit wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigten Personen. Nach Angaben der amtlichen russischen Statistik wurden 1995 nur staatliche Finanzmittel in Höhe von knapp 1% des BIP für Wissenschaft und Forschung ausgegeben, während es 1991 noch knapp 3% waren. Berücksichtigt man den Rückgang des BIP im selben Zeitraum, so ergibt sich ein realer Rückgang der Fördermittel auf rund 20% ihres Umfangs im Jahre 1991. Das Forschungspersonal hat sich von 1990 bis 1995 von knapp zwei Mio. Personen auf eine Mio.

³⁰ Rossijskaja Akademija Nauk, Otdelenie Ekonomiki (Hrsg.), *Napravlenija srednesročnoj programmy social'-no-ekonomičeskogo razvitija Rossii*, Moskau, 1997, S. 21 (im folgenden zitiert als "Napravlenija").

³¹ Ebenda, S. 22/23.

³² Ebenda, S. 23.

³³ *Programma*, S. 3716.

Personen halbiert.³⁴ Dabei erstreckte sich der Rückgang sowohl auf die in den staatlichen Einrichtungen, als auch auf die in Betrieben tätigen Personen.³⁵

Naturressourcen

Der russische Rohstoffbereich zeichnet sich vor allem durch das Vorhandensein sowie die Förderung von Energieträgern aus. Allerdings ist auch der Erzbergbau, d.h. die Förderung von Edelmetallen, Diamanten, Uran usw. von großer Bedeutung. Allgemein kann gesagt werden, daß Rußland über insgesamt große Erzreserven verfügt, deren Förderung und Aufbereitung aber weder effizient noch ökologisch einwandfrei erfolgt.³⁶ Bei Uran, Mangan, Chrom, Titan, Wolfram und einigen Nichtmetallen besteht ein Mangel an industriell verwertbaren Vorkommen.³⁷

Die Lage im Energiebereich ist durch große natürliche Potentiale, aber eingeschränkte ökonomische Möglichkeiten gekennzeichnet. Nur unter der Voraussetzung ausreichender Weltmarktpreise und entsprechender Finanzierungsmöglichkeiten in den Bereichen Erkundung, Förderung, Transport und der Verarbeitung ist die Energieversorgung des Landes langfristig ebenso gesichert wie der Export von Energieträgern und damit auch die Außenhandelsbilanz.³⁸ Folgende Prognosen erscheinen realistisch:

- Die Kohleförderung könnte bis zum Jahre 2010 auf 350 bis 380 Mio. t ausgeweitet werden (1996: 253 Mio. t). Davon könnten 20 bis 30 Mio. t exportiert werden, so daß die mehr als ausreichende Menge von über 300 Mio. t für den Inlandsverbrauch zur Verfügung stünde.
- Die Erdölförderung könnte bis 2010 bis auf 370 bis 400 Mio. t (1996: 290 Mio. t) steigen, wobei ein Exportpotential von 130 bis 180 Mio. t vorhersehbar wäre. Dies impliziert einen möglichen, durchaus ausreichenden Inlandsverbrauch von mehr als 200 Mio. t. Daß Erdöl aus dem Bereich des Kaspischen Meeres russisches Erdöl von den Exportmärkten verdrängen könnte ist angesichts dessen, daß alle nicht über Rußland führenden Erdölpipelines mehr Wunsch als Wirklichkeit darstellen, ziemlich unwahrscheinlich.³⁹
- Bei Erdgas geht man von einem Produktionspotential von 700 bis 900 Milliarden cbm aus (1996: 593 Milliarden cbm), wovon 220 bis 270 Milliarden cbm exportiert werden könn-

³⁴ Berechnet nach: Goskomstat Rossii, Nauka v Rossii, Moskau 1996, S. 5.

³⁵ Ebenda, S. 18.

³⁶ Vgl. Leonid Antonenko/Yury Proshin, Mineral resources for the metal industry: present and future trends, in: Encyclopedia of Russian Business 1995, London 1994, S. 248-254; Andrew R. Bond, The Non-Energy Mineral Industries of Post-Soviet Russia, in: Post-Soviet Geography, 9/1994, S. 543-555.

³⁷ Programma, a.a.O., S. 3716.

³⁸ Farman Salmanov, Toplivo-energetičeskij kompleks Rossii v period reform, in: Finansovyje izvestija, 16.7.1996, S. 5. Vgl. auch ders./Aleksij Zolotov, TĖK: kak vyjti iz krizisa, in: Rossijskaja federacija, 5/1996, S. 33-34. Vgl. auch International Energy Agency (Hrsg.), Energy Policies of the Russian Federation: 1995 Survey, Paris 1995, insbes. S. 269-312.

³⁹ Vgl. zu den politischen und wirtschaftlichen Aspekten siehe z.B. Curt Gasteyger, Ölpoker am Kaspischen Meer: Im Transkaukasus und in Zentralasien formiert sich ein neues Kräftefeld, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.5.1997, S. 12; Friedemann Müller, Die Region des Kaspischen Meeres: Energiereichtum und Geopolitik, in: Osteuropa-Wirtschaft. 3/1996, S. 268-278.

ten, was einen Inlandsverbrauch von mehr als 500 Milliarden cbm erlaubt. Die Exportaussichten für Erdgas dürften sich in Zukunft weiter verbessern, wenn in Westeuropa die Stromerzeugung aus Kernkraft zunehmend durch den ökologisch weit unbedenklicheren und fast ebenso rentablen Einsatz von Gaskraftwerken abgelöst werden sollte.

Um diese Möglichkeiten zu realisieren, müssen zunächst die gegenwärtigen Probleme des Energiebereichs gelöst werden. Das drängendste Problem ist zweifellos die Zahlungsunfähigkeit bzw. Zahlungsunwilligkeit der inländischen Abnehmer, die bei den Fördergesellschaften zu Investitionskürzungen und Verzögerungen bei der Lohnzahlung sowie der Nichtabführung von Steuern führen. Weiterhin wirkte sich die Reserviertheit der russischen Seite (die in dem jahrelangen Streit über die Ausführung des Gesetzes über das product sharing deutlich zum Ausdruck kam) gegenüber ausländischen Investoren entwicklungshemmend aus. Ohne hohe Investitionen ausländischer Gesellschaften können die Energieressourcen Rußlands auf absehbare Zeit nicht nutzbar gemacht werden, da es den heimischen Gesellschaften sowohl an Kapital als auch an dem dafür notwendigen know how mangelt. So können z.B. aus eigener Kraft nur noch ungefähr 170 Mio. t Erdöl aus dem großen Erdöl- und Erdgasvorkommen Samotlor in Westsibirien gefördert werden, während die Erdölreserven dieses Feldes auf 1,17 Mrd. t geschätzt werden; für ihre Förderung sind Aufwendungen von rund 8 Mrd. US-\$ erforderlich.⁴⁰

Die Förderung von Energieträgern (Kohle, Erdöl, Erdgas) stellt einerseits gegenwärtig zwar ein stabilisierendes Element der russischen Wirtschaftsentwicklung dar, kann aber längerfristig nicht zum Hauptstandbein der Wirtschaft des Landes werden: Rußland ist nicht Kuwait und hat keine Aussichten, sich in Richtung eines überragenden Rohstofflieferanten zu entwickeln.

Die in Rußland verbreitete Argumentation mit dem "gewaltigen Ressourcenpotential", das sich als außenpolitisches Druckmittel eigne, überschätzt die Bedeutung des Landes für den Weltmarkt. Die Förderbedingungen und die Transportentfernungen machen einen Teil der Kohle- und Erdölreserven des Landes zu den gegenwärtigen Weltmarktpreisen unrentabel. Die zukünftige Weltmarktpreisentwicklung wird nicht nur vom zweifellos steigenden Bedarf vieler Schwellenländer, sondern auch von Energieeinsparungsmöglichkeiten sowie von der Erschließung von Reserven in vielen Teilen der Welt abhängen, was keine sichere Prognose auf wesentlich steigende Energiepreise erlaubt.

Wenn von allzu optimistischen Prognosen Abstand genommen wird – die im Energiebereich sehr verbreitet sind – kann den russischen Energieträgern und sonstigen Rohstoffen nur eine stabilisierende Funktion zugemessen werden. Langfristig kann das Wirtschaftswachstum in Rußland somit nicht in erster Linie auf seinem Rohstoffpotential basieren, was in mancher Hinsicht auch nicht wünschenswert wäre:

Einige der wirtschaftlichen Gefahren, die aus einer starken Rohstofforientierung resultieren können, wurden in der ökonomischen Theorie unter dem Stichwort "Dutch disease" (Hollän-

⁴⁰ Angaben von Viktor Paly, dem Generaldirektor von Nizneartovskneftegaz, nach: vwd Rußland, 7.7.1997, S. 2.

dische Krankheit) thematisiert. (Durch neu entdeckte Erdöl- und Erdgasfelder war es in Holland und Norwegen – vorübergehend – zu einem Rohstoffboom gekommen, dessen Schattenseiten in den achtziger Jahren in ökonomischen Analysen erfaßt wurden).⁴¹

Ein Rohstoffboom (der entweder durch neu erschlossene Vorkommen oder durch Preisanstieg für Rohstoffe – im russischen Fall ist es die Umlenkung des Rohstoffabsatzes vom Binnenmarkt auf Exportmärkte⁴² – ausgelöst werden kann) bewirkt in den Rohstoffexportländern eine Aufwertung der heimischen Währung – und damit eine Verteuerung der Fertigwarexporte bzw. eine Verbilligung der Importe – sowie einen Preisanstieg für nicht handelbare Güter. Durch die billigen Importe wird die heimische Industrie vom Binnenmarkt verdrängt. Insgesamt ist eine Verstärkung der (aus anderen Gründen wie dem allgemeinen Trend zur Dienstleistungsgesellschaft schon im Gang befindlichen) "Entindustrialisierung" zu erwarten.

Ob in Rußland zu beobachtende Phänomene wie die relative Ausdehnung des Rohstoffsektors, die Aufwertung des Rubel, das Vordringen von Importwaren und die Inflation mit Dutch-disease-Effekten zusammenhängen, ist zwar nicht schon deswegen plausibel, weil sie "ins Bild passen", jedoch auch nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen.⁴³

Zu den empfohlenen wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen gegen gehören eine langfristige Struktur- und Industriepolitik, die Förderung von ausländischen Direktinvestitionen im Fertigwarenssektor (also nicht im Rohstoffsektor!), Exportsubventionen auf Fertigwaren, die Liberalisierung von Importen sowie Maßnahmen zur Verbilligung der Lohnkosten wie z.B. Lohnsubventionen.⁴⁴ Diese Aufzählung läßt bereits ahnen, daß derartige Maßnahmen jeweils ihre eigene Problematik haben und sich nur schwer verwirklichen lassen werden können.

Theoretische Befunde zum Wirtschaftswachstum

Die Relevanz der Wachstumstheorie

Im Laufe eines halben Jahrhunderts der Modellierung des Wirtschaftswachstums ist zwar das Verständnis für die Probleme ungemein gewachsen, eine Einigung in grundlegenden Fragen jedoch nicht erzielt worden. Z.B. galt es lange Zeit als gesicherte Erkenntnis der "neoklassischen" Theorie, daß hohe Investitionen nur vorübergehend Wirtschaftswachstum bewirken

⁴¹ Für den Fall Rußlands vgl. Roland Götz, Rußland auf dem Weg zur Deindustrialisierung?, in: BIOst (Hrsg.), Zwischen Krise und Konsolidierung: Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas, München 1995, S. 247-255. Für allgemeine Darstellungen siehe die dort zitierte Literatur sowie Friedrich L. Sell, "The Dutch-Disease": Anpassungsprozesse als Folge eines Ressourcenbooms, in: WISU, 5/1988, S. 289-294.

⁴² Der Export von Erdöl in Länder außerhalb der GUS stieg von 12% der Produktion im Jahre 1991 auf 35% im Jahre 1996.

⁴³ In Russian Economic Trends, 20 January 1997, S. 6-8 wird (unter dem verräterischen Titel "A Banana Republic?") die Bedeutung des Dutch-Disease-Phänomens für Rußland zwar nicht in Abrede gestellt, aber behauptet, daß die positiven Seiten von hohen Rohstoffexporten überwiegen. Dies gerade scheint aber nicht das Ergebnis der in der westlichen Literatur geführten Debatte über die "Holländische Krankheit" zu sein.

⁴⁴ Sell, a.a.O.

können, obwohl dies in offenbarem Widerspruch zur beobachteten Realität stand.⁴⁵ Erst seit wenigen Jahren konnte man die traditionellen Theorien so ergänzen bzw. durch "neue" Wachstumstheorien ersetzen, daß sie die Wachstumsprozesse in Ländern wie Japan oder Korea erklären können, wo langfristig hohe Investitionsquoten mit hohen Wachstumsraten einhergingen.⁴⁶ Diese jüngere theoretische Diskussion hat allerdings kaum Erkenntnisse zutage gefördert, die nicht schon seit langem zum Grundkonsens der Wirtschaftspolitik gehören: Sparen und Investieren sowie diejenigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die die private Ersparnisbildung erhöhen und die Investitionsneigung fördern, sind die Schlüsselgrößen für das Wirtschaftswachstum. Dieser Meinung ist jedenfalls auch die russische Regierung, die in ihrem mittelfristigen Programm darauf verweist, daß die Investitionsquote um mehrere Prozentpunkte erhöht werden müsse, um das Wirtschaftswachstum in Gang zu setzen.⁴⁷

Im internationalen Vergleich zeigen in der Tat wachstumsstarke Länder wie Japan, China, Singapur und Südkorea ähnliche Strukturen der Verwendung des Bruttoinlandsprodukt. Ihnen gemeinsam sind hohe Investitionsquoten (um 30%) sowie niedrige Anteile des staatlichen Verbrauchs (um 10%). Der IMF verweist auf charakteristische Unterschiede zwischen langsam (um weniger als 1% pro Jahr), mittelschnell und schnell wachsenden Volkswirtschaften im Zeitraum 1985-1995. Einige dieser Daten seien hier hervorgehoben:

Tabelle 2: Charakteristika des Wirtschaftswachstums nach Ländergruppen

<i>Wachstumstempo</i>	<i>Langsam</i>	<i>Mittel</i>	<i>Schnell</i>
Investitionsquote*	19,4	21,1	31,9
Inflationsrate**	14,1	11,1	7,8
Budgetdefizit*	-5,6	-3,3	-2,4
Handelsbilanzsaldo*	-2,6	-1,4	0,3

*Anteil am BIP in %; **Gegenüber Vorjahr in %

Quelle: IMF, World Economic Outlook, 1997, S. 84.

Rußland weicht von diesem "Modell" deutlich ab und zeigt in der Verwendungsstruktur seines Bruttoinlandsprodukt Züge "reifer" Industrieländer mit schwach ausgeprägtem Wachstum. Für 1996 nannte die amtliche Statistik folgende Anteile am Bruttoinlandsprodukt:⁴⁸

- privater Verbrauch: 51%
- Staatsverbrauch (einschließlich Konsum nichtkommerzieller Organisationen): 24%
- Sachanlageinvestitionen: 20%

⁴⁵ Die Theorie nahm an, daß hohe Investitionen die Kapitalproduktivität senken, d.h. daß kapitalintensivere Produktionstechnologien angewendet werden. In Wirklichkeit entsprechen die modernen Anlagen, die in den verschiedenen Ländern der Welt eingesetzt werden, dem jeweiligen Stand des technischen Wissens und nicht der nationalen Investitionsquote.

⁴⁶ Erich Gundlach, Determinanten des Wirtschaftswachstums: Hypothesen und empirische Evidenz, in: Die Weltwirtschaft, 4/1993, S. 466-498.

⁴⁷ Programma, S. 3720ff.

⁴⁸ Interfax/Interstate Statistical Committee of the CIS Report, 41/1996, S. 3.

- Lagerveränderung : 1%
- Überschuß im Außenhandel: 4%.

Wenn man davon ausgeht, daß jährlich ungefähr 5% des Kapitalstocks ersetzt und je nach Höhe des Kapitalkoeffizienten (3-4) demnach 15-20% des Bruttoinlandsprodukt als Ersatzinvestitionen aufgewendet werden müssen, wird deutlich, daß für eine Kapazitätserweiterung somit kaum Mittel zur Verfügung stehen. Erst mit einer Investitionsquote von 25-30% kann in Rußland demnach Spielraum für längerfristig andauerndes höheres Wirtschaftswachstum geschaffen werden.

Das langfristig erzielbare Wachstum ergibt sich dabei als Quotient der Nettoinvestitionsquote und des Kapitalkoeffizienten. Wenn die Quote der Bruttoanlageinvestitionen 30% und die Abschreibungsquote am BIP 15% beträgt und der Kapitalkoeffizient die Höhe von 3 hat, berechnet sich die langfristige "gleichgewichtige" Wachstumsrate (bei der die Produktionskapazitäten ebenso schnell zunehmen wie die Produktion) zu $15/3 = 5\%$.⁴⁹ Um diesen Wert zu erreichen, müßte demnach die Investitionsquote in Rußland ungefähr um ein Drittel höher als gegenwärtig sein. Dafür wäre zumindest eine Rückführung des Budgetdefizits auf eine Größenordnung zwischen Null und zwei Prozent notwendig. Auch der Kapitalabfluß (die Kapitalflucht) sowie die im internationalen Vergleich ungewöhnlich hohe Quote der Lagerinvestitionen (vermutlich überwiegend nicht absetzbare Erzeugnisse) müßten reduziert werden. Der ziemlich geringe Anteil der privaten Ersparnis am BIP müßte dagegen ansteigen.

Die alleinige Betrachtung der Quoten am BIP führt jedoch nicht weit, da das Hauptproblem darin besteht, diejenigen Prozesse in Gang zu setzen, die die erwünschten Ergebnisse haben. Betriebswirtschaftlich gesehen stellt sich die Frage, warum sich in Rußland in- und ausländischen Investoren nicht genügend profitable Investitionsmöglichkeiten bieten. Dies führt auf die allgemeinen Probleme der Reform- und Wirtschaftspolitik bzw. der "Rahmenbedingungen" der Systemtransformation. Zunächst jedoch seien einige weitere Bemerkungen zu den Investitionsdaten gemacht, die sich in russischen Publikationen finden.

⁴⁹ Hier wird auf die "gleichgewichtige" Wachstumsrate (g) des Kapitalstocks nach Harrod und Domar Bezug genommen, die gleich dem Quotienten von Nettoinvestitionsquote und Kapitalkoeffizient ist. Sie ergibt sich tautologisch wie folgt:

$$\begin{aligned}
 I_n &= I - I_{re} - I_{lag} \\
 dK &= I_n \\
 g &= dK/K = dY/Y \\
 dK/K &= I_n/K * Y/Y \\
 g &= I_n/Y : K/Y \\
 g &= i_n/k
 \end{aligned}$$

mit K Kapitalstock (Sachanlagekapital), dK Veränderung von K, I Bruttoinvestition in Sachanlagen, I_n Nettoinvestition in Sachanlagen, I_{re} Reinvestition, I_{lag} Lagerinvestition, Y Bruttosozial(-inlands)produkt, dY Veränderung von Y, g Wachstumsrate des Kapitalstocks, i_n Nettoinvestitionsquote, k Kapitalkoeffizient. Näheres dazu findet sich in jedem Lehrbuch der Wachstumstheorie; zu Rußland vgl. auch Roland Götz, Mittelfristige Perspektiven des russischen Wirtschaftswachstums, in: Aktuelle Analysen des BIOS, 12/1966.

Exkurs: Das Investitionsquotenrätsel

Ein Blick in die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen derjenigen Länder, mit denen Rußland verglichen werden könnte, zeigt ein verwirrendes Bild. Einerseits wird die Investitionsquote Rußlands (das noch keine Anzeichen von Wirtschaftswachstum erkennen läßt) verhältnismäßig hoch ausgewiesen, andererseits gibt es offenbar auch Länder, die mittleres Wirtschaftswachstum mit bescheidenen Investitionsquoten erreichen können.

Tabelle 3: Anteile am BIP 1994 in % (zu Preisen von 1994)

<i>Land</i>	<i>CPR</i>	<i>CST</i>	<i>IBR</i>	<i>ILG</i>	<i>EXP</i>
China	44,5	12,8	37,4	3,3	2,0
Japan	59,2	9,8	28,6	0,3	2,1
Polen	64,4	18,8	16,2	-0,3	0,9
Rußland	45,5	21,7	24,6	3,7	4,5
(Rußland(*))	68,5	17,2	10,2	2,5	1,6)
Tschechien	57,6	22,3	26,7	-6,4	-0,2
USA	68,7	17,4	14,6	0,8	-1,5

- CPR Verbrauch der privaten Haushalte und nichtkommerziellen Institutionen
- CST Staatsverbrauch
- IBR Brutto-Sachanlageinvestitionen (russ.: Bruttoakkumulation von Sachkapital)
- ILG Lagerinvestitionen
- EXP Exportüberschuß einschließlich statistische Differenz

*Zu Kaufkraftparitäten von 1993

Quelle: Goskomstat Rossii, *Rossija i strany mira* (Russia and Countries of the World), Moskau 1966, S. 72-74; Ders., *Rossijskij statisticeskij ežegodnik* 1966, Moskau 1966, S. 629.

Nach diesen Daten weisen zwar China und Japan die für schnell wachsende Länder typischen hohen Investitionsquoten auf, jedoch sind die Anteile der Investitionen am BIP in Ländern mit mittlerem Wirtschaftswachstum wie Deutschland, Polen und den USA deutlich geringer als in Rußland. Das ebenfalls wachsende Tschechien hat etwa dieselbe Investitionsquote wie Rußland.

Daraus ließe sich schließen, daß hohe Investitionsquoten zwar hinreichend für hohes Wirtschaftswachstum sind, daß mittleres Wachstum aber auch mit niedrigen Investitionsquoten erreicht werden kann. Vermutlich ist dieser letztere Schluß aber falsch:

Zunächst muß in Rechnung gestellt werden, daß internationale Vergleiche von Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung hoch problematisch sind. Erstens ist – trotz aller Vereinheitlichungsbemühungen – nicht gesichert, daß international auch nur annähernd dieselben Berechnungsverfahren für die einzelnen Verwendungsaggregate angewandt werden. Rußland bietet hierfür ein gutes Beispiel: In der russischen amtlichen Statistik werden nicht nur Investitionsdaten stillschweigend revidiert, sondern es wird zudem eine Vielzahl von Investitionsbegriffen verwendet. Alleine im statistischen Jahrbuch für 1996 findet man folgende investitionsrelevante Angaben für das Jahr 1995:

Tabelle 5: Investitionsdaten für 1995

<i>Investitionsbegriffe der russischen Statistik</i>		<i>Bio. Rbl.</i>	<i>Anteil am BIP (%)</i>
1.	Valovoe nakoplenie (Bruttoakkumulation)	416,6	25,5
1.1	Valovoe nakoplenie osnovnogo kapitala (Bruttoakkumulation von Sachanlagekapital)	327,7	20,1
1.2	Izmenenie zapasov material'nych oborotnych sredstv (Bestandsveränderung, Lagerinvestitionen)	88,9	5,5
2.	Kapitaloobrazujuščie investicii (Kapitalbildende Investitionen)	423,4	26,0
2.1	Investicii v osnovnoj kapital (= kapital'nye vloženija) (Investitionen in Sachkapital, Neuinvestitionen)	267,0	16,4
2.2	Zatraty na kapital'nyj remont (Generalreparaturen)	67,1	4,1
2.3	Investicii v nematerial'nye aktivy (Investitionen in nichtmaterielle Aktiva)	0,4	0,0
2.4	Izmenenie zapasov material'nych oborotnych sredstv (Bestandsveränderung, Lagerinvestitionen)	88,9	5,5

Quelle: Goskomstat Rossii, Rossijskij statističeskij ežegodnik, Moskau 1996, S. 26, 29, 298 und 446.

Der Unterschied zwischen 1. und 2. besteht unter anderem darin, daß in 1. der Anlagenabgang berücksichtigt wird. 1.1 und 2.1 unterscheiden sich vor allem dadurch, daß in 2.1 die Generalreparaturen (Großreparaturen) nicht enthalten sind.

Im russischen Statistischen Jahrbuch wird unter dem Stichwort "Investitionen" die engere Definition der Investitionen ("Neuinvestitionen"), die die Generalreparaturen ausschließt, verwendet und diese wird auch in Zeitungs- und anderen Veröffentlichungen aufgegriffen.⁵⁰ Die Generalreparaturen sind jedoch, wie die Verwendungsrechnung zeigt, in der russischen Konzeption des BIP mit eingeschlossen. Schon alleine deswegen, weil sie keiner anderen Kategorie der Verwendungsrechnung angehören können, sollten sie auch zum Investitionsbegriff

⁵⁰ In den Russian Economic Trends heißt 1.1 "Gross fixed investment" und 2.1 "Expenditures on new construction and equipment".

gehören.⁵¹ Dies ist auch dadurch gerechtfertigt, daß sie – zum Teil sowjetischer Tradition folgend – einen nicht unbeträchtlichen Anteil der Gesamtinvestitionen darstellen.⁵² Für längere Zeitreihen der Investitionen, bei denen nicht ihr quantitatives Verhältnis zum BIP, sondern ihre zeitliche Entwicklung im Vordergrund des Interesses steht, ist jedoch gegen den alleinigen Ausweis der "Neuinvestitionen" nichts einzuwenden.

Weiterhin können die Preisstrukturen bzw. Preissteigerungsraten der Aggregate der VGR sehr unterschiedlich sein, was bei einer Betrachtung der nominalen Größen bzw. Quoten den internationalen Vergleich erschwert. Für 1994 wurde die russische Investitionsquote (gemeint ist hier die "Bruttoakkumulation von Sachanlagekapital") in nationalen Preisen mit 24,6% angegeben, bei Zugrundelegung eines internationalen Preisniveaus jedoch mit 10,2% (vgl. Tabelle oben). Dem liegt zugrunde, daß nach diesen Berechnungen das relative Preisniveau für Investitionsgüter in Rußland gegenüber den internationalen Preisrelationen erhöht war, während die Preise für Konsumgüter erniedrigt waren.

Abgesehen von der statistischen Problematik kann die Phase der wirtschaftlichen Entwicklung eine Rolle spielen. Länder wie die USA und Deutschland können, nachdem sie lange Phasen hoher Investitionen in Sachkapital hinter sich haben, mittlere Wachstumsraten des BIP vermutlich auch durch verhältnismäßig niedrige Investitionsquoten aufrecht erhalten. Sie verwenden jedoch gleichzeitig einen relativ hohen Anteil am BIP für Bildungsausgaben sowie Forschung und Entwicklung, was sich in der VGR nicht in Investitionen in das Sachkapital niederschlägt. Dies alles verweist darauf, daß nicht die Gesamt-Investitionsquote aussagekräftig ist, sondern eher eine differenzierte Betrachtung der Investitionen in produktives Sachkapital (Grundstücke, Maschinen, Anlagen, Fabrikgebäude), Wohnungen, Infrastruktur (vor allem Verkehrswege), Forschung und Entwicklung sowie das Bildungswesen.

Der Beitrag der Wirtschaftspolitik zum Wirtschaftswachstum

Ordnungspolitische Rahmenbedingungen

In den Planwirtschaften sowjetischen Typs mußte Wirtschaftswachstum dauern "erkämpft" werden, da das Wirtschaftssystem selbst zur Stagnation tendierte. Die Betriebe verweigerten sich dem technischen Fortschritt, da er ihre bürokratische Lethargie störte. Der Hauptgrund der negativen Einstellung sozialistischer Betriebe gegenüber dem technischen und organisatorischen Fortschritt war im Fehlen des Wettbewerbs zu suchen, der durch den "sozialistischen

⁵¹ In der deutschen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden Großreparaturen (werterhöhende Reparaturen) in Übereinstimmung mit internationaler statistischer Praxis ebenfalls zu den Anlageinvestitionen gerechnet, vgl. Margot Engelmann/Dietrich Mohr, Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen: Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Wirtschaft und Statistik, 12/1978, S. 755-771, hier S. 755-758.

⁵² Vgl. zur Praxis in der UdSSR: Alec Nove, Das sowjetische Wirtschaftssystem, Baden-Baden 1980, S. 202/202. Während früher der hohe Umfang der Generalreparaturen dadurch bedingt war, daß die Betriebe neue Maschinen und Ausrüstungen nicht nach eigenem Ermessen erwerben konnten, dürfte heute der Mangel an liquiden Mitteln und bzw. teure Kredite die Unternehmen veranlassen, dringend erforderliche Ersatzinvestitionen durch Reparatur alter Anlagen auszuführen.

Wettbewerb" keineswegs ersetzt werden konnte. Unter Mißachtung der Bedürfnisse der Menschen und minimaler ökologischer Forderungen gelang es in der UdSSR (mit erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen Sowjetrepubliken) die Gesamtproduktion zu erhöhen, wobei dahingestellt sein darf, wie weit die gemeldeten Wachstumsraten der Realität entsprachen. Diese Leistung ist umso bemerkenswerter, als in der UdSSR ein umfangreicher "militärisch-industrieller Komplex" erhalten werden mußte, der die besten Kräfte des Landes absorbierte und keine positive Rückwirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft ausübte.⁵³

Langfristiges wirtschaftliches Wachstum scheint in Marktwirtschaften dagegen ein gleichsam automatisches Ergebnis des technischen Fortschritts zu sein, der die Produktivität der menschlichen Arbeit erhöht. Trotz konjunktureller Krisen weisen die westlichen Industrieländer nach dem zweiten Weltkrieg im Durchschnitt ein langfristiges Wirtschaftswachstum von etwa 3% pro Jahr auf.

Freilich muß das gesamte Wirtschaftssystem so funktionieren, daß die Wachstumsmöglichkeiten ausgeschöpft werden können. Das erfordert "richtig" gesetzte Proportionen zwischen Löhnen und Gewinnen, zwischen privatem Konsum, Investitionen sowie Staatsverbrauch sowie einen "richtigen", d.h. die heimische Wirtschaft gleichzeitig schützenden und anregenden Wechselkurs. Diese Proportionen sind in Marktwirtschaften überwiegend Folgen von "Verteilungskämpfen" zwischen den sozialen Gruppen und weniger Ergebnis staatlicher Regulierung. Bei der Betrachtung der "realen" Größen wird leicht aus den Augen verloren, daß gewisse Rahmenbedingungen erfüllt sein müssen, damit Wachstumsprozesse in Gang kommen bzw. andauern.⁵⁴ Diese sind mit den ordnungspolitischen Grundsätzen und Prinzipien der Marktwirtschaft identisch; in Rußland sind sie allerdings trotz des allenthalben anzutreffenden Bekenntnisses zur Marktwirtschaft nicht unumstritten. Hier seien sie in einer Fassung wiederholt, wie sie Reynolds aus einem Vergleich der "Wirtschaftswunder" abgeleitet hat, die sich in verschiedenen Ländern ereignet haben.⁵⁵

1. Die Eigentumsrechte (property rights) müssen gesichert sein. Jeder Vermögensgegenstand muß einen Eigentümer haben und er muß auf andere übertragbar sein. Dies setzt Privatisierung voraus, erfordert jedoch auch ein legales System der Durchsetzung von Verträgen und der Regelung von Konflikten, also die "Herrschaft des Gesetzes". In Rußland ist die Privatisierung noch längst nicht abgeschlossen. Natürliche Ressourcen sowie Betriebe der Rüstungsindustrie sind größtenteils nicht privatisiert bzw. werden von staatlichen Strukturen kontrolliert. Auslandsbeteiligungen werden restriktiv gehandhabt. Nicht nur die so-

⁵³ Die Sowjetunion war "nicht eigentlich ein Industriestaat mit hohen Rüstungsausgaben, sondern vielmehr eine permanente Kriegswirtschaft mit peripherer Zivilproduktion", vgl. Roland Götz, Struktureerbe und Systemtransformation in der früheren UdSSR: Erfahrung der Perestrojka, in: Aussenpolitik, 2/1994, S. 166-175, hier S. 168.

⁵⁴ Vgl. Hans-Hermann Höhmann, Ökonomische Rahmenbedingungen der Systemtransformation in Rußland, in: Martin K. Welge/Dirk Holtbrügge (Hrsg.), Wirtschaftspartner Rußland, Wiesbaden 1996, S. 75-93.

⁵⁵ Alan Reynolds, National Prosperity is no Mystery, in: Orbis, 2/1996, S. 199-213, hier S. 212/213.

nannte "Mafia", sondern auch die fehlende Rechtstradition hemmen die Anerkennung von Recht und Gesetz.

2. Der Geldwert muß relativ stabil sein, d.h. die jährlichen Inflationsraten sollten im einstelligen Bereich liegen. Rußland nähert sich diesem Zustand an, indem die Zentralbank die Vergabe von unverzinslichen Staatskrediten verweigert, den Rubelkurs innerhalb einer Banbreite ("crawling band") so stabilisiert, daß importierte Inflation nahezu vollständig verhindert wird.
3. Löhne, Preise und Zinssätze müssen sich nach Marktgesichtspunkten bilden. Dies ist in Rußland weitgehend der Fall. Gewichtige Ausnahmen bilden die Energiepreise und Verkehrstarife sowie die Gebühren für kommunale Dienstleistungen einschließlich der Mieten und Mietnebenkosten. Die Einengung dieser Ausnahmebereiche gehört zu den hauptsächlichen Reformanliegen der im Frühjahr 1997 neu gebildeten Regierung.
4. Es muß starker Wettbewerb herrschen, damit die Produzenten angeregt werden, ihre Produkte der Nachfrage anzupassen und die Kosten zu senken. Die Herstellung einer Wettbewerbsstruktur umfaßt neben der Auflösung der Monopolstellung der Staatsbetriebe vor allem die Förderung von Klein- und Mittelunternehmen sowie die Herausbildung eines eigenständigen Zwischenhandels, der nicht von Produzenten oder Abnehmern beherrscht wird. Außerdem müssen die Handelsschranken niedrig sein, weil der Weltmarkt die Maßstäbe für Produktqualitäten sowie Kostenobergrenzen abgibt.
5. Das fiskalische System muß in der Lage sein, die notwendigen Staatsaufgaben zu finanzieren, ohne Kapitalflucht, "brain drain" und das Abtauchen von Unternehmen in die Schattenwirtschaft zu bewirken. Für Rußland ist weiterhin die geeignete Regelung der Finanzbeziehungen zwischen Zentrum und den Regionen von Bedeutung. Das bisherige System der föderalen Finanzbeziehungen erfordert schwer zu handhabende Umverteilungen und verführt die Regionen zur Unselbständigkeit.

Geld- und Fiskalpolitik

Der Beitrag der Geld- und Fiskalpolitik zur Förderung des langfristigen Wirtschaftswachstums liegt in der Schaffung eines investitionsfreundlichen Wirtschaftsklimas. Dies bezieht sich insbesondere auf das Niveau der Zinsen für langfristige Kredite sowie auf den Wechselkurs. In zweiter Linie ist an die Staatsnachfrage zu denken, die stabilisierend und anregend wirken kann, wenn sie nicht zu einer Verdrängung von Unternehmensinvestitionen führt. In Rußland ist diese Ausrichtung der Geld- und Fiskalpolitik noch nicht gelungen. Die Staatsausgaben sind eher zu hoch als zu niedrig, vor allem aber ist die Einnahmeseite des Budgets derart in Unordnung, daß davon geradezu wachstumsfeindliche Impulse ausgehen.

Die Staatsausgaben richten sich in Rußland weitgehend auf den Erhalt von überkommenen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, d.h. von wirtschaftlich nicht lebensfähigen Unternehmen, der Streitkräfte und des Sicherheitsapparats insgesamt sowie auf die Gewährung minimaler sozialer Hilfen. Sie werden in steigendem Umfang durch Schuldentilgung in Anspruch genommen. Vor allem die inländische Staatsschuld wächst rasant, was entsprechende

Zins- und Tilgungsverpflichtungen nach sich zieht.⁵⁶ Im Staatskonsum (rund 25% des Bruttoinlandsprodukts) ist in einem nicht näher bekannten Umfang Aufwand für die Streitkräfte und die Sicherheitsdienste enthalten. Etwa 2% des Bruttoinlandsprodukts werden für die Verzinsung und Tilgung von Auslandsschulden verwendet, jedoch ein weitaus höherer Betrag (1996 bereits 7% des Bruttoinlandsprodukts bei steigender Tendenz) dient der Verzinsung und Tilgung der inneren Staatsverschuldung, die durch die Ausgabe von hoch verzinslichen kurzfristigen Staatsschuldverschreibungen verursacht wurde. Die staatlichen Investitionen und Transfers an die Regionen sind auf 10% des Bruttoinlandsprodukts abgesunken.⁵⁷

Der Staat besteuert die effizient und legal arbeitenden Unternehmen sowie die Betriebe mit ausländischer Beteiligung übermäßig und begünstigt andererseits durch Steuererlässe unrentable Betriebe, die dadurch am Leben erhalten werden. Da die tatsächlichen Steuereinnahmen nur etwa die Hälfte der Staatsausgaben decken und die direkte Budgetfinanzierung durch die Zentralbank eingestellt wurde, nimmt der Staat den Kapitalmarkt in Anspruch mit entsprechenden Folgen für das Zinsniveau. Insgesamt gilt, daß die Geld- und Fiskalpolitik in Rußland allenthalben reformbedürftig ist.

Während zu Zeiten der Sowjetunion der Staat durch die administrative Lenkung der Wirtschaft überfordert war, gelingt ihm heute dagegen das "Management der monetären Wirtschaft" nur unzureichend. Neben mangelnder Professionalität liegt das an nicht gelösten Interessenkonflikten. Die Moskauer Zentralregierung und auch regionale Instanzen erkaufen sich politische Loyalität durch entsprechende Haushaltsbeschlüsse sowie durch willkürliche Abwicklung des Staatshaushalts. Es ist klar, daß ohne eine Änderung dieser Praxis der Staatshaushalt wirtschaftspolitische Ziele wie die Förderung des Wirtschaftswachstums kaum erfüllen kann. Konkrete Reformschritte müßten außerdem in Richtung einer Reduktion der Steuer- und Abgabenarten sowie von Ausnahmeregelungen, Steuerbefreiungen und Vergünstigungen aller Art gehen. Dann könnten auch die Steuersätze gesenkt werden. Eine gewisse Hoffnung in dieser Richtung erweckt die Aussicht auf rasche Verabschiedung des "Steuerkodex", einer umfassenden Steuerreform.⁵⁸

Auf der Ausgabenseite gibt es zumindest drei Bereiche, in denen gespart werden könnte: die Ausgaben für Verteidigung und innere Sicherheit, die Renten sowie die Subventionen für kommunale Dienste.⁵⁹ Während die Ausgaben für Verteidigung und innere Sicherheit mehr Transparenz und eine Neuformulierung der Verteidigungskonzeption erfordern, kommt bei der Neugestaltung des Systems der Altersversorgung der allmähliche Übergang auf ein System der Kapitaldeckung (statt der Finanzierung aus dem Staatshaushalt) in Frage. Die kommunalen Haushalte können durch Anhebung der Strom- und Wärmearife entlastet werden, wodurch gleichzeitig das Energiesparen angeregt wird. Gleichzeitig müssen allerdings soziale

⁵⁶ Ognian Hishow, Die Spirale der inneren Verschuldung des russischen Staates, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 27/1997.

⁵⁷ A. Illiaronov, Bremja gosudarstva, in: Voprosy ekonomiki, 9/1996, S. 4-27, hier S. 19.

⁵⁸ Roland Götz, Die große Steuerreform in Rußland: Weichenstellung für die Wirtschaftsreform und Testfall für die Duma, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 28/1997.

⁵⁹ Sergej Vasil'ev, Problemy perechoda k ekonomičeskomu rostu, in: Segodnja, 14. 8. 1996, S. 3.

Hilfen für Bedürftige vorgesehen werden, die als "zielgerichtete" Subventionen der gegenwärtigen Praxis der unspezifischen Subventionierung vorzuziehen sind.

Unbestreitbar ist der Erfolg der russischen Geld- und Fiskalpolitik bei der Senkung der Inflationsrate aus dem Bereich der Hyperinflation in eine moderate Inflation (10 bis 20% pro Jahr). Zwar kann man darüber diskutieren, ob auch diese mäßigen Inflationsraten noch negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum haben.⁶⁰ Doch dürfte eher das hinter der Inflation "versteckte" fiskalische Problem von größerer Bedeutung sein. Solange die Probleme der Steuererhebung und der Struktur der Staatsausgaben nicht gelöst sind, was in hohen Budgetdefiziten und durch sie gespeister Inflation zum Ausdruck kommt, sind keine gesunde Grundlagen für langfristiges Wirtschaftswachstum gegeben. Die im März und April 1997 neu gebildete Regierung gibt durch ihre ersten Schritte auf Gebieten wie der Kontrolle der Staatsmonopole (Erdgas, Elektrizität, Eisenbahn) sowie der Sozial- und Steuerreform zwar zu Hoffnung Anlaß, ihr stehen aber noch viele Bewährungsproben bevor.⁶¹

Wettbewerbspolitik versus Industriepolitik

Zu den Grundeinsichten der Wirtschaftstheorie gehört, daß Wettbewerb das Wirtschaftswachstum fördert, da er die effizienten Produzenten belohnt und die anderen aus dem Markt entfernt. Der Staat hat in dieser Sicht die Aufgabe, für einen hohen Wettbewerbsgrad zu sorgen. Leider sind die Möglichkeiten des Staates zur Erhöhung der Wettbewerbsgrades durchaus begrenzt. In Rußland besteht dafür ein Ansatzpunkt in der Fortführung des Privatisierungsprogramms. Vor allem muß der Zugang für in- und ausländische "strategische" Investoren erleichtert werden. Der Staat sollte einen Großteil seiner "Kontrollpakete" abgeben, da einerseits eine wirksame Kontrolle durch staatliche Behörden nicht zu erwarten ist, andererseits aber sonstige (vor allem ausländische) Investoren durch Staatsbeteiligungen abgeschreckt werden.

In Rußland wie auch in den anderen Transformationsländern hat die Privatisierung allerdings noch weithin den Charakter der Insider-Privatisierung. Belegschaften und das ehemalige Führungspersonal der Staatsunternehmen sind die Besitzer des überwiegenden Teils des privatisierten Vermögens.⁶² Dadurch fehlt nicht nur der Zufluß von neuem Finanzkapital, sondern es wird auch der Austausch des Managements (und damit der Zustrom von neuem human capital) sehr erschwert. Abgesehen davon, daß ein derartiger Privatisierungsprozeß soziale Spannungen erzeugt, weil "unverdiente" Vermögen entstehen, wird die notwendige Umstrukturierung der Wirtschaft gehemmt.

⁶⁰ Vladimir Gligorov/Niclas Sundström, Growth Consequences of Systemic Transformation, in: Mark Knell (Hrsg.), Economics of Transformation: Structural Adjustments and Growth Prospects in Eastern Europe, Cheltenham und Brookfield, 1996, S. 168-184, hier S. 176 ff.

⁶¹ Vgl. Roland Götz, Besser spät als nie: Der dritte Versuch einer "radikalen Reform" der russischen Wirtschaft, in: Aktuelle Analysen des BIOS, 23/1997.

⁶² Nach einer Studie von Joseph Blasi von der Rutgers-Universität werden 80% der größeren russischen Unternehmen von Insidern kontrolliert. Nur in 11% der Unternehmen besitzen Aussenstehende (vor allem Banken) Kontrollpakete von mehr als 5% des Unternehmenskapitals; zit. nach A Survey of Russia, in: The Economist, 12.7.1997, S. 12.

Ein weiteres Feld für die Wettbewerbspolitik stellt die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen dar.⁶³ Auch hier sind staatliche Hilfsprogramme nur von begrenztem Wert. Wichtiger ist, daß die Investitionsbedingungen allgemein verbessert werden, womit die "spontanen" Neugründungen erleichtert werden. Dazu gehören eine entsprechende Bodenpolitik (fairer Wettbewerb um Grundstücke), niedrige Kreditzinsen (dazu kann der Staat seinen Beitrag durch geringe Haushaltsdefizite leisten) sowie Rechtssicherheit.

Industriepolitik (hier gleichbedeutend: selektive Strukturpolitik) ist in West wie Ost ein höchst umstrittener Ansatz der staatlichen Wirtschaftspolitik. Wenn von extremen Standpunkten abgesehen wird (einerseits die übertriebene Hoffnung auf die Weisheit staatlicher Lenkung, andererseits die Verdammung jeglicher Staatseingriffe in den Wirtschaftsablauf) bleibt die Einsicht, daß Industriepolitik in einigen Ländern und Zeitperioden offenbar positive Resultate erbracht hat. In Japan hat das "Ministry of International Trade and Industry" (MITI) und das Finanzministerium in den 50er Jahren bestimmten Industriezweigen dadurch geholfen, daß es ihnen Devisen zum Kauf von Rohstoffen zuteilte. Dagegen waren die Kredite der Japanese Development Bank, die Zukunftsindustrien fördern sollten, weit weniger erfolgreich. Die höchst erfolgreiche japanische Konsumgüterelektronik ist dagegen nie gefördert worden.⁶⁴ In Taiwan und Südkorea zwang der Staat die Unternehmen, sich dem internationalen Wettbewerb zu stellen, während er sie vor der Konkurrenz auf dem heimischen Markt schützte und ihnen dadurch Einnahmen verschaffte. Auch der Aufbau von Forschungseinrichtungen wurde vom Staat initiiert.⁶⁵

Sichere und überall unmittelbar anwendbare Erfolgsrezepte für Industriepolitik scheint es allerdings nicht zu geben. Sowohl in Japan als auch in Korea (Länder, die oft als Paradebeispiele gelungener Industriepolitik dargestellt werden) war für den Erfolg der entsprechenden Industriekonzerne der scharfe Wettbewerb auf dem Binnenmarkt ausschlaggebender als die staatliche Förderung und Prognosetätigkeit.

In Rußland fällt der Gedanke der Industriepolitik bei denjenigen auf besonders fruchtbaren Boden, die sich noch nicht von der Vorstellung gelöst haben, daß Unternehmen der schützenden und lenkenden Hand staatlicher Behörden bedürfen und in Industriepolitik praktisch nichts anderes als die Fortführung der Verwaltung der Betriebe durch Branchenministerien sehen. Die verschiedenen staatlichen Programme der russischen Regierung für einzelne Branchen sind von diesem Geist durchdrungen. Sie scheitern einmal daran, daß die für ganze Branchen erstellten Prognosen den einzelnen Betriebe keine Hilfe bieten, um sich auf dem

⁶³ Alexander Tschepurenko, Kleinunternehmertum im heutigen Rußland, in: Carl Duisberg Gesellschaft und Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Die soziale Marktwirtschaft in Deutschland und die ökonomische Transformation in Rußland, Köln/Moskau 1997, S. 121-135.

⁶⁴ Takatoshi Ito, Japans Volkswirtschaft braucht einen Strukturwandel, in: Finanzierung & Entwicklung, 6/1997; S. 16-19.

⁶⁵ Robert Wade, Reforms in Eastern Europe: Lessons from the East Asian Capitalist Model, in: Jacques Hersh/Johannes Dragsbaek Schmidt (Hrsg.), The Aftermath of "Real Existing Socialism" in Eastern Europe. Volume 1: Between Western Europe and East Asia, London 1996, S. 165-180, hier S. 170/171.

Markt zu behaupten und daß die veranschlagten staatlichen Mittel in der Praxis nur zu einem geringen Teil zur Verfügung gestellt werden.⁶⁶

Auf theoretischer Ebene kann man innerhalb der Industrie (Struktur-)politik "selektive Strategien" (spezifische Erhaltungssubventionen, Protektionismus, Verstaatlichung, Investitionslenkung) von "nichtdiskriminierenden Strategien" (Wettbewerbs- und Regulierungspolitik, Privatisierung inklusive Neugründungen, Forschungs- und Entwicklungsförderung, Bildungs- und Mobilitätsförderung, Infrastrukturpolitik) unterscheiden. Man kann auch den höheren volkswirtschaftlichen Nutzen der letzteren begründen. In der Praxis freilich lassen sich diese beiden Ansätze kaum auseinanderhalten, da die Interessenten an staatlichen Fördermitteln (sowie auch die mit der Mittelvergabe betrauten Behörden) ihre Anliegen stets als von höchstem Nutzen für die Volkswirtschaft darstellen. Dem Strukturwandel via Marktprozessen ist daher grundsätzlich der Vorzug gegenüber staatlicher Strukturpolitik zu geben. Letztere wiederum erfordert einem "kompetenten starken Staat", d.h. Gewaltenteilung, unabhängige Justiz sowie einer durchsetzbaren Rechtsprechung (Welfens).⁶⁷

Die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Transformation sollten nicht auch noch dadurch gesteigert werden, daß die Unternehmen, die ihre ersten Schritte unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen wagen, sofort von überlegenen ausländischen Wettbewerbern niederkonkurriert werden. Im Falle der Transformationsökonomien und insbesondere Rußlands muß daher ergänzend für einen "vernünftigen Protektionismus" plädiert werden. Sein Kern besteht in einem zeitweiligen und im Zeitablauf abnehmenden Schutz gegen Auslandskonkurrenz. Dadurch, daß dieser Schutz in zeitlich begrenztem bzw. abnehmendem Maße gewährt wird und möglichst wenig differenziert ausgestaltet wird (am besten durch eine mäßig unterbewertete Währung) werden die Nachteile spezifischer Subventionen weitgehend vermieden.

Der russische Rubel hat allerdings seit 1992 eine rasante Aufwertung erfahren. Diese Aufwertungstendenz des Rubel ist möglicherweise zum Teil Folge des Wirkens des "dutch-disease"-Mechanismus, wie er oben beschrieben wurde, zum Teil aber auch – wie in anderen Transformationsländern – Folge spekulativer Kapitalimporte, die sich das hohe reale Zinsniveau zunutze machen. Die Aufwertungstendenz des "realen Rubelkurses" war als Mittel der Inflationsbekämpfung (zur Abwehr der importierten Inflation) erwünscht, schmälerte jedoch andererseits die Exportchancen der verarbeitenden Industrie erheblich. Seit Herbst 1995 steuert die russische Zentralbank den Rubelkurs durch das Mittel des Wechselkursbandes ("crawling band") auf einem nahezu konstanten realen Niveau, ohne jedoch die vorangegangene Aufwer-

⁶⁶ Vgl. zum Programm "Staatlicher Schutz des Werkzeugmaschinenbaus 1993-1998" V. A. Jakunin/B. I. Čerpakov, *Rossijskomu stankostroeniju neobchodima strukturnaja perestrojka*, in: *Finansovye izvestija*, 12.11.1996, S. 9.

⁶⁷ Paul J.J. Welfens, Wettbewerbs- und Strukturpolitik im Transformationsprozeß: Analyse, Politikoptionen und Implikationen für Rußland, in: Roland Götz/Ruslan Grinberg, *Strukturpolitik in Rußland: Materialien einer Konferenz*, in: Sonderveröffentlichung des BIOst, August 1996, S. 15-43, hier S. 20ff.

tung rückgängig zu machen.⁶⁸ Eine Abwertung des Rubel zieht sie wegen der dann drohenden Anheizung der Inflation nicht in Betracht. Wenn aber die Steuerung des Wechselkurses nicht ins Belieben der Zentralbank gestellt ist, ist ein mäßiger Importzoll mit möglichst wenig Ausnahmeregelungen (die immer zur Korruption anreizen) zu empfehlen.

Für die russische Wirtschaft (wie für die anderer Transformationsstaaten) wird entscheidend sein, ob der umfangreiche Produktionsrückgang in einen Prozeß der "schöpferischen Zerstörung" im Sinne Schumpeters bzw. der sich auf ihn stützenden "neo-schumpeterianischen Wachstumstheorie" transformiert werden kann.⁶⁹ Kernelement eines derartigen Prozesses ist das neu entstehende Unternehmertum, das sowohl durch eigenständige Innovationen, als auch durch know-how-Transfer aus dem Ausland und die Förderung von Forschung und Entwicklung durch den heimischen Staat unterstützt wird. Ist die Antwort auf die "Zerstörung des heimischen Produktionspotentials" aber vor allem die Erhaltung unmoderner Kapazitäten, so besteht die Gefahr, daß die Wirtschaft bestenfalls auf einen langsamen Wachstumspfad einschwenkt.⁷⁰

Was hätte man anders machen sollen?

Gegen die in Rußland von der Regierung betriebene Strategie der wirtschaftlichen Transformation, die letztendlich auch die Wachstumsproblematik betrifft, ist in Ost wie West vielfach Kritik erhoben worden. Überwiegend wurde dabei die in Rußland angeblich durchgeführte "radikal-liberale monetaristische Schocktherapie" (um die hauptsächlichen Schlagworte zusammenzufassen) in Bausch und Bogen verdammt. Dabei wurde aber weder nachgewiesen, daß in Rußland eine derartige Transformationspolitik betrieben wurde, noch daß die in Rußland zu beklagenden sozioökonomischen Probleme (Produktionsrückgang, Inflation, Verarmung, Kriminalisierung usw.) überhaupt wesentlich mit der eingeschlagenen Reformstrategie zusammenhängen.

Einwände gegen konkrete Maßnahmen und Einzelentscheidungen der auf dem Gebiet der Wirtschaftstransformation (z.B. die Handhabung der Privatisierung) sind sicher zum Teil berechtigt, können aber hier nicht erörtert werden. Hier soll nur auf allgemeine Einwände gegen die Gesamtstrategie der wirtschaftlichen Transformation eingegangen werden, wie sie – im Unterschied zu vielen anderen Autoren fachlich qualifiziert – von Laski geäußert wurden (wenngleich sie sich dort nicht explizit auf Rußland beziehen).⁷¹

⁶⁸ Zum "realen Rubelkurs" vgl. Volkhart Vincentz, Zur außenwirtschaftlichen Entwicklung Rußlands und der Ukraine, in: Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Working Papers, 197/1996, S. 32-37. Vgl. auch Russian Economic Monitor, in: PlanEcon Report, 3-4/1997, S. 12, wo darauf verwiesen wird, daß der russische Rubel näher an dem Kaufkraftparitäten-Wechselkurs (PPP) liegt, als die polnische, ungarische und tschechische Währung.

⁶⁹ Gligorov/Sundström, a.a.O., S. 178-180.

⁷⁰ Ebenda.

⁷¹ Kazimierz Laski/Amit Bhaduri, Lessons to be drawn from main mistakes in the transition strategy, in: Salvatore Zecchini (Hrsg.), Lessons from the Economic Transition: Central and Eastern Europe in the 1990s, Dordrecht 1997, S. 103-121 (Abdruck in: WIIW Reprint-Serie 166/1997).

Laski gibt zu bedenken, daß die Transformationsstrategie der neunziger Jahre nicht zu trennen ist von der heute allgemein dominierenden Auffassung von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, die sich von der keynesianischen Gedankenwelt der sechziger und siebziger Jahre abgelöst hat. Statt dessen stehen in den achtziger und neunziger Jahren "Angebotspolitik", "Finanzvariable" wie Geldmenge und Budgetdefizit und das Vertrauen auf die spontanen Kräfte des Marktes im Vordergrund. Lasik findet, daß "most mistakes in the transition strategy of the 1990s can be traced to such a prevailing economic perspective. Important elements of economic theory have been disregarded only because they have gone out of fashion in this new orthodoxy".⁷² Er wirft der "neuen Orthodoxie" vor, folgende drei Zusammenhänge nicht berücksichtigt zu haben:

Erstens habe man (mit dem Ziel der Inflationsbekämpfung) die volkswirtschaftliche Nachfrage (aggregate demand) zu lange und zu stark vermindert. Statt dessen wäre ab einem bestimmten Zeitpunkt eine expansive Nachfragepolitik angebracht gewesen.

Zweitens habe man die Inflation einseitig als nachfrageinduziert (demand pull inflation) aufgefaßt, während sie in Wirklichkeit eher kosteninduziert (cost push inflation) gewesen sei. Man hätte zu ihrer Bekämpfung daher Lohnpolitik bzw. Einkommenspolitik sowie eine ausgewogene Wechselkurspolitik betreiben sollen.

Drittens habe man geglaubt, auf den Staat und insbesondere auf staatliche Industriepolitik weitgehend verzichten zu können. Die grandiosen Projekte des "social engineering", vor allem die Voucher-Privatisierung, seien weitgehend fehlgeschlagen. Statt dessen hätte man einen langsameren institutionellen Wandel betreiben sollen.

An diesen Vorwürfen kann zweifellos nicht vorüber gegangen werden, denn niemand wird behaupten können, daß die wirtschaftliche Transformation in Osteuropa bzw. in den Staaten der GUS ein voller Erfolg war. Freilich ist zu fragen, ob denn wirklich Handlungsoptionen offen gestanden haben, die eine wesentlich andere Transformationspolitik erlaubt hätten.

Zum Problem der Angebots- vs. Nachfragepolitik ist zu bedenken, daß eine keynesianische Ankurbelungspolitik funktionsfähige Märkte voraussetzt. Unter sowjetischen bzw. russischen Verhältnissen war keine "normale" Reaktion der Märkte bzw. Unternehmen zu erwarten. Monetäre Nachfrageimpulse – die es in Form von Staatskrediten an Wirtschaftsbereiche wie die Landwirtschaft überdies vor allem zwischen 1992 und 1994 durchaus gab – führten daher nicht zu Mehrproduktion, sondern zu höheren Inflationsraten. Die Inflation in Rußland war somit sowohl nachfrageinduziert als auch kosteninduziert, wobei sich beide Faktoren gar nicht trennen lassen.⁷³

Daß der Staat sich aus dem Transformationsprozeß in Rußland zurückgezogen hätte, kann man nicht behaupten. Die russische Regierung und andere staatliche Stellen bis hin zur Zent-

⁷² Ebenda, S. 104.

⁷³ Zu den Schwierigkeiten einer Anti-Inflationspolitik, die ausdrücklich einen alternativen Weg beschreiten will ("heterodoxe Stabilisierung"), vgl. Lutz Hoffmann, Ein Stabilitätspakt für die Ukraine, in: Hoffmann/Siedenberg, a.a.O., S. 57-66.

ralbank und den regionalen Instanzen haben durch Zehntausende von Erlassen, Gesetzen und Weisungen in die wirtschaftlichen Prozesse eingegriffen. Daß diese nicht die beabsichtigten Ergebnisse erzielten, hat viele Gründe, aber jedenfalls gehört allgemeine staatliche Inaktivität nicht dazu. Im Gegenteil: Es wird von anderen das Fortleben bürokratischer Gängelung und Willkür beklagt.

Leicht kann man fordern, daß der Staat sich auf Wesentliches hätte beschränken und dies dafür mit Nachdruck hätte durchsetzen müssen. Dafür hätte man aber einen "anderen Staat" gebraucht, den die russische Gesellschaft – soweit man von ihr überhaupt sprechen kann – aber bislang nicht hervorgebracht hat. Es sei darauf verwiesen, daß tief verwurzelter russischer Tradition einerseits Ehrfurcht bis hin zur Unterwürfigkeit gegenüber dem Staat entspricht, dadurch aber gerade eine passive Haltung gegenüber dem Staat begründet wird, aus der heraus ein funktionsfähiger Staat nicht geschaffen werden kann.⁷⁴

Prognosen des längerfristigen Wirtschaftswachstums in Rußland

Es erscheint fast unmöglich, die längerfristige Wirtschaftsentwicklung in Rußland zu prognostizieren, weil man es mit einer Volkswirtschaft zu tun hat, deren institutionelle Grundlagen noch unausgereift sind und deren wirtschaftspolitischer Kurs möglicherweise noch starken Änderungen unterliegen kann. Dennoch wird hier auf derartige Versuche eingegangen, weil es erforderlich zu sein scheint, wenigstens den Rahmen der zukünftigen Entwicklung sichtbar zu machen. Zunächst einige Bemerkungen zu aus Rußland stammenden Prognosen:

Längerfristige Prognosen russischer Verfasser enthalten oft starke "normative" Annahmen, wobei vorausgesetzt wird, daß in Zukunft ein jäher Wechsel von der (angeblich) schädlichen Reformpolitik der Vergangenheit zu der (angeblich) einzig richtigen Strategie erfolgen wird und daher auf ein "Wiederauferstehen" der russischen Wirtschaft zu hoffen ist. Besonders gilt dies für die von der Regierung verfaßten Prognosen, in die viele gute Absichten eingehen, die in der Vergangenheit leider nicht verwirklicht werden konnten.⁷⁵

Andere russische Autoren sind zurückhaltender, weil sie die Hauptbestandteile der erforderlichen Strategie genau beziffern und daher zu realistischen Einschätzungen gelangen. So legt Valtuch dar, daß es erforderlich ist, die Investitionsquote wesentlich zu erhöhen, um im Jahre 2002 ein um 42% höheres BIP als im Jahre 1996 zu erreichen.⁷⁶ Eine Autorengruppe (S. Aleksaschenko und andere) legte (vor den Präsidentschaftswahlen 1996) drei Szenarien vor: Wenn eine sehr investitionsfreundliche staatliche Geld- und Finanzpolitik durchgesetzt wird (optimistisches Szenario), wird bereits 1996 ein Wirtschaftsaufschwung einsetzen und zum

⁷⁴ Vgl. zur komplexen Beziehung zwischen Staat und Individuum in Rußland: Assen Ignatov, Die mühsame Entdeckung des Individuums: Wertewandel und Wertekonflikte in Rußland, in: Berichte des BIOst, 22/1997, S. 10-14.

⁷⁵ Vgl. z.B. die im November 1996 von Wirtschaftsminister Jasin verkündete Planung, die bereits bis zum Jahre 2000 Wachstumsraten des BIP in Höhe von 5% pro Jahr erreichen will.

⁷⁶ Konstantin Val'tuch, Strategija vozroždenija, in: ÈKO, 7/1996, S. 3-24 (fortgesetzt in ÈKO 8/1996, S. 3-24).

Jahr 2000 können jährliche Zuwachsraten des BIP in Höhe von 10% erreicht werden.⁷⁷ Wenn dagegen eine "paternalistische Strategie" einschließlich selektiver Strukturpolitik und außenwirtschaftlicher Abschottung realisiert wird, ist langanhaltende Stagnation zu erwarten. Das "wahrscheinlichste Szenario" beschreibt eine Phase bis zum Jahre 2000, in dem die Rohstoffzweige dominieren, aber nach der Jahrtausendwende von Zweigen der verarbeitenden Industrie abgelöst werden. Zunächst noch wird die Wirtschaftsentwicklung depressiven Charakter tragen, erst allmählich werden wirtschaftlicher Strukturwandel und Wirtschaftswachstum einsetzen.

Auch eine von Belousov vorgelegte Berechnung prognostiziert unter der Voraussetzung einer Reihe von Reformen vor allem im Bereich der Staatsfinanzen bis einschließlich 1997 nur geringes Wachstum und ab 1998 Zuwachsraten des BIP in Höhe von rund 6%.⁷⁸

Im Langfristprogramm der Regierung vom März 1997 wird als Ergebnis der 1997 eingeleiteten Reformen auf den Gebieten des Steuerrechts, der Sozialsubventionen und der Tarifenkungen der Elektrizitätswirtschaft sowie der Eisenbahn ein zunehmendes Wirtschaftswachstum ab 1998 prognostiziert. Das BIP wird demnach 1998 um 3%, 1999 um 4,5% und im Jahre 2000 um 5% zunehmen. Auch für das folgende Jahrzehnt wird Wirtschaftswachstum in Höhe von mindestens 5% prognostiziert.⁷⁹ Die entsprechenden Zuwachsraten der Industrieproduktion werden mit 4%, 6% und 8% veranschlagt. Noch höhere Wachstumsraten werden bei den Investitionen erwartet: Sie sollen 1998 um 8%, 1999 um 10,3% und im Jahre 2000 um 12,2 % zunehmen. Darunter sind Aulandsinvestitionen, die gemäß der Prognose 1998 7,2 Mrd. \$, 1999 8,5 Mrd. \$ und im Jahre 2000 10 Mrd. \$ betragen sollen. Es wird eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um etwa 30% gegenüber 1997 prognostiziert.

Daß Wirtschaftswachstum in Rußland im Jahre 1988 einsetzen wird, ist nicht unwahrscheinlich, wenn auch keineswegs sicher. Schwerlich wird es die Folge der Reformprojekte der im Frühjahr 1997 neu gebildeten Regierung sein, denn diese werden, da sie nicht vor 1998 in Kraft treten und zunächst durch Auslegungsvorschriften ergänzt werden müssen, erst in den Jahren ab 1999 Wirkung zeigen. Dagegen ist es durchaus möglich, daß der Niedergang der "alten" Staatsbetriebe durch die zunehmenden kommerziellen Aktivitäten des privaten Sektors (der nach ziemlich unpräzisen Regierungsangaben bereits 70% des BIP umfassen soll) kompensiert wird. Genauso ist es aber möglich, daß auch 1998 und die retardierenden Auswirkungen der "niedergehenden" Unternehmen überwiegen werden.

Die Prognose einer überproportionalen Zunahme der Investitionen schon zu Beginn des Wirtschaftsaufschwungs muß sich ebenfalls nicht bewahrheiten. Es ist durchaus möglich, daß der "Investitionsmotor" erst mit einer gewissen Verzögerung anspringen wird und zunächst - ohne größere Investitionen - brach liegende Kapazitäten in Betrieb genommen werden. Daß insbesondere die Aulandsinvestitionen, die 1997 2-3 Mrd. \$ betragen, sich in kurzer Zeit vervier-

⁷⁷ Rossija na puti k 2000 godu, in: Voprosy ekonomiki, 2/1996, S. 4-50, hier S. 43ff.

⁷⁸ Andrej Belousov, Rossijskaja ekonomika v uslovijach sistemnogo krizisa: sostojanie i perspektivy razvitija, in: Problemy prognozirovanija, 2/1996, S. 3-25.

⁷⁹ Programma, S. 3723 ff. sowie die Tabelle S. 3855.

fachen werden, ist nicht sehr wahrscheinlich. Nachdem eine gewisse Rußland-Euphorie abgeklungen ist und es sogar zu einigen spektakulären Revisionen des Engagements westlicher Firmen in Rußland kam (z.B. der deutschen Firmen Salamander und Herlitz⁸⁰) sieht es eher danach aus, als ob die Auslandsinvestitionen ebenso wie die Investitionen heimischer Unternehmen eher zu den Nachzüglern eines etwaigen Wirtschaftsaufschwunges gehören werden.

Dagegen ist die von der Regierung prognostizierte prozentuale Zunahme der Arbeitslosigkeit tatsächlich zu erwarten, weil immer mehr Unternehmen ihre Beschäftigung der tatsächlichen Produktion anpassen werden.

Von einer Gruppe von Experten des IWF wurde das langfristige Wachstumspotential Rußlands im Rahmen einer Untersuchung der Wachstumsaussichten für alle Transformationsländer berechnet.⁸¹ Ausgehend von ökonometrischen Wachstumsanalysen für Marktwirtschaften⁸² wurden folgende Faktoren zur Erklärung und Prognose des langfristigen Wirtschaftswachstums in Transformationsökonomien verwandt: Die Wachstumsrate der Bevölkerung, die Schülerquoten in Primär- und Sekundärschulen, die Investitionsquote, die Quote des Staatskonsums sowie das Ausgangsniveau des Pro-Kopf-Einkommens. Man stellte insbesondere eine positive Abhängigkeit von der Investitionsquote und eine negative Korrelation mit dem Staatskonsum fest. Für Rußland wurde eine langfristige Wachstumsrate des BIP in Höhe von 5-6% prognostiziert, die sich durch Erhöhung der Investitionsquote bzw. Senkung der Quote des Staatsverbrauchs noch steigern ließe. Die Autoren räumen allerdings ein, daß ihre Projektionen von "möglicherweise sehr bedeutsamen externen, politischen und institutionellen Faktoren abstrahiert hätten, die wahrscheinlich bedeutsamen Einfluß auf den Wachstumsprozeß haben". Sie haben auch nicht näher spezifiziert, wann der Wachstumsprozeß in Rußland einsetzen wird; im Einklang mit der neoklassischen Wachstumstheorie nehmen sie allerdings an, daß die anfänglichen Wachstumsraten höher als die durchschnittlichen sein und bei Annäherung des pro-Kopf-Einkommens an das westlicher Industrieländer abflachen werden.

Eine realistische, die Besonderheiten Rußlands einbeziehende Prognose der russischen Wirtschaftsentwicklung wird ergeben, daß das russische Bruttoinlandsprodukt bis zum Ende des Jahrzehnts nur stabilisiert werden kann und daß ein "mittleres" Wirtschaftswachstum mit durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Höhe von 4-6% erst für das nach dem Jahre 2000 folgende Jahrzehnt zu erwarten ist.

⁸⁰ Die in Ismaning bei München ansässige Herlitz International Trading AG hatte Ende 1994 zusammen mit der Weltbank und der International Finance Corporation eine Papierfabrik bei Balakowo im Gebiet Nishni Nowgorod neu ausgerüstet. Nachdem der Absatz weder in Rußland erwartungsgemäß erfolgte und auch wegen gesunkender Weltmarktpreise der Export nicht rentabel war, zog sich Herlitz Mitte 1997 gänzlich aus Rußland zurück, vgl. Handelsblatt, 8.7.1997, S. 14; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.5.1997, S. 30.

⁸¹ Stanley Fischer/Ratna Sahay/Carlos A. Végh, From transition to market: evidence and growth prospects, in: Salvatore Zecchini (Hrsg.), Lessons from the Economic Transition: Central and Eastern Europe in the 1990s, Dordrecht 1997, S. 79-101.

⁸² Robert J. Barro, Economic Growth in a Cross-Section of Countries, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 106, 1991, S. 407-443; Ross Levine/David Renelt, A Sensitivity Analysis of Cross-Country Growth Regressions, in: American Economic Review, Vol. 82, 1992, S. 942-963.

In den bis zur Jahrhundertwende verbleibenden drei Jahren sind die Voraussetzungen für einen starken Wirtschaftsaufschwung in Rußland voraussichtlich noch nicht gegeben. Zwar ist der ordnungspolitische Rahmen in großen Zügen vorhanden, doch ist die Detailarbeit der Ausfüllung dieses Rahmens noch nicht geleistet. Vor allem müssen die Steuer- und Sozialgesetzgebung "wachstumsfreundlich" ausgestaltet werden (ein Thema, das bekanntlich auch in westlichen Industrieländern auf der Tagesordnung steht). Gleichzeitig muß der "unternehmerische Lernprozeß" weiter gehen, der darin besteht, daß Unternehmen sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen bewähren und durch den Wettbewerb die "lernfähigsten" ausgesucht werden.⁸³

⁸³ Vgl. Bruno Schönfelder, Consideration of Three Major Policy Errors Committed in East Germany, in: Global Economic Review, 1/1997, S. 51-67, hier S. 58.

Roland Götz

Economic Growth in Russia

Factors and Prospects

Bericht des BIOst Nr. 32/1997

Summary

Introductory Remarks

In the light of the fact that Russia was the first state of the CIS to introduce sweeping economic reforms - at the beginning of 1992 - its economic development since then, characterised by a considerable drop in gross domestic product (GNP) has been disappointing. The question arises, however, whether Russia's poor record by comparison with other transforming countries is not perhaps due to misleading information obtained from the official statistics, and whether it is meaningful to compare macro-economic data at all, when these refer to periods before and after an economic transformation such as that which Russia has been going through.

Before any attempt can be made to analyse economic growth forecasts in Russia, it is first necessary to examine more closely the pre-requisites for such growth. For the purposes of this study, these are taken as the country's potentials in terms of capital stock, natural resources and manpower. Whether these potentials are effectively exploited is a matter for economic policy, which in turn is guided by the prevailing theoretical deliberations on the subject of economic growth.

The economic growth theories elaborated for market economies centre on quantifiable processes such as investment. This presupposes the existence of propitious background conditions for market economy interaction and thus also for economic growth. In transformational economies, these preconditions first have to be created. Further factors such as tradition and cultural influences are without doubt also important but are virtually impossible to measure and thus beyond the scope of the present considerations.

Findings

1. Any assessment of economic development in Russia is made difficult by the fact that only a part of the overall economic activity is statistically recorded. However, it is to be assumed that the strongly negative trend in production by the former state enterprises, which is recorded in the official statistics, is compensated at least to a certain extent by the increase in production not only by legal private businesses but also in the shadow economy. Depending on what share in economic activity one attributes to the shadow (informal) economy in Russia, it is reasonable to assume that the Russian economy as a whole, i.e. including its informal sector, is already experiencing more or less pronounced growth.

However, at a shadow economy contribution to the gross domestic product of only 20 %, as assumed in the official statistics, this sector cannot be making a significant impact on the growth of the economy as a whole.

2. The drop in production, which accelerated dramatically as of the onset of economic transformation in Russia, is interpreted especially by Russian authors as a serious shortcoming in the economic reforms. This appraisal implicitly assumes that the statistical data on goods produced, investment, and persons in employment are derived from the same terms of reference before and after the onset of transformation. In actual fact, this is the exception rather than the rule. Since the start of the widespread economic reforms, the product range and also the character and the quality of the goods produced and invested has changed so radically that it is true to speak of two different "product worlds". Since the relative prices have also changed drastically, any statistical comparison between these two different production ranges comes up against virtually insurmountable barriers.
3. Labour as a production factor is likely to remain more than abundant in Russia for the foreseeable future. Manpower potential of around 73 million persons is being further fed by immigration from other states of the CIS; standards of training are high and wages are low. On the other hand, unemployment, which is put at only 2.5 million persons by the official statistics but is calculated to be nearer 17 million by the ILO, is a cause for concern.
4. The capital assets already available, if they were fully usable, would allow economic growth for a few years even without major investment. However, the same applies to the capital stock as has already been pointed out with reference to the "product worlds": the existing capacities are not always in line with the production ranges demanded today and are not suitable for high-quality production nor even, by virtue of their age and worn-out condition, for cost-effective production.
5. Russia has considerable resources of metal ores, but the deposits of some metals are not suitable for exploitation on an industrial scale. Reserves of petroleum, natural gas and coal exhibit great natural potential but comparatively limited economic utility. Exploration, extraction, transportation and processing of these resources is economically viable only at relatively high domestic and world-market prices. The energy resources can without doubt be assigned a function in stabilising economic development, but economic growth in Russia cannot be sustained in the long term by its natural resources potential alone. Indeed, there is even a danger of Russia falling victim to de-industrialisation, a phenomenon described by the "Dutch disease" theory.
6. According to one fundamental growth theory model approach, Russia needs an investment ratio of around 30 % to sustain long-term economic growth, to replace worn-out production facilities, and to build up new capacities. To enable investment to achieve this share of the gross domestic product, the budget deficit would have to be reduced and the exodus of capital stemmed. On the other hand, the Russian statistics understate the current rate of investment at 16 %, if only "new investments" are included. To conform with the internationally customary definition of investment, this figure would have to include large-scale repairs (general overhauls), which in Russia amount to the sizeable figure of 5 % of GNP.

7. Economic growth calls for the universal background conditions for market-economy activity to be fulfilled: assured property rights, stable value of the currency, freedom of pricing (including wages and interest rates) in line with market conditions, strong competition, and a fair and balanced tax system.
8. The contribution of monetary and fiscal policy to economic growth lies in creating an economic climate that promotes investment by expediently influencing interest and exchange rates. Despite some progress, not enough has been done in this respect in Russia. The expenditure side of the state budget is still too much geared towards preserving obsolete economic and social structures. On the revenue side, businesses that work efficiently are too heavily taxed, while non-profitable enterprises enjoy tax relief.
9. In any market-economy system, the state is supposed to ensure a high level of competition, but its options for doing so are limited. In Russia, one expedient approach would be to continue the privatisation programme, which should advance beyond its present character as a share-out among insiders. State industrial policy has up to now failed largely because there is no such thing as an instantly applicable formula for success. In the case of Russia, however, it is possible to advocate a "reasonable protectionism" which would cushion the export prospects of the country's processing industries against the severe effects of the revaluation of the rouble, which in turn is one of the consequences of the Dutch disease constellation.
10. The Russian government's strategy of economic transformation, which ultimately is also linked with the growth problem, has come in for much criticism in East and West alike. Most commonly, this consists of unbounded condemnation of the "radical liberal monetary shock therapy" allegedly being pursued in Russia. However, it has never been proven that a transformation policy along these lines has ever been followed in Russia, nor, indeed, that the socio-economic problems lamentably present in Russia at this time (dwindling production, inflation, pauperisation, rising crime rate, etc.) actually have much to do with the choice of reform strategy at all.
11. What makes it almost impossible to predict the economic development of Russia in the long term is that the institutional foundations of the Russian economy have not yet had time to mature and that the course of the country's economic policy may yet be subject to profound change. Nevertheless, the present report discusses some such attempts, because it appears necessary to trace at least the outlines of possible future development. In the few years remaining before the turn of the century, it will probably not be possible to establish all the preconditions required for a strong economic resurgence in Russia. Although the general political framework is by and large in place, the work necessary to fill in the details within this framework still has to be done. A realistic prognosis of Russian economic development, taking into account Russia's specific characteristics and conditions, would probably show that it will only be possible to stabilise the Russian gross domestic product by the end of the decade and that "medium" growth, with overall economic production increasing at annual average rates of 4-6 %, is to be expected only in the next decade.